



AUS DEM INHALT



Im Gedenken und Erinnern solidarisch

Seite 3



Schutz für alle, die vor Krieg fliehen

Seite 9



Der Paritätische fordert Reform der Wohnsitzregelung

Seite 10



Gespräch mit Andrea Hitzke

Seite 12

Das Krisenjahr 2022: „Wir werden ärmer werden“. Alle gleich?

Für viele wachsen schon seit Jahren die sozialen Risiken. Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte sind besonders betroffen.

„Wir werden ärmer werden“, das sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck als Folge der Ukraine-Krise in einem Interview im heute Journal am 30. März 2022 voraus. Er reagierte damit auf den Hinweis, dass die Inflationsrate Ende März auf 7,2 Prozent gestiegen ist. Bei Energie und Heizung, Treibstoff und vor allem auch bei Lebensmitteln sind die Preisanstiege besonders stark. Jede Inflation hat auch Gewinner, die an ihr verdienen; dies soll hier aber nicht weiter Thema sein.

Bei wem Preissteigerungen zu einem sozialen Risiko werden

Mit „Inflationsrate“ wird die durchschnittliche Preisänderung eines festgelegten Warenkorbs bezeichnet. Dieser durchschnittliche statistische Warenkorb weicht aber von den tatsächlichen „Warenkörben“ der Menschen, also dem Anteil, der für die verschiedenen Waren vom Einkommen aufgewendet wird, bzw. aufgewendet werden muss, teilweise er-

heblich ab. Entscheidend für die sozialen Folgen von Inflation ist also, wer die Preissteigerungen (besser) verkraften kann und wer nicht. Alleinstehende oder Familien, die Geringverdiener sind, müssen in der Regel ihr gesamtes Einkommen aufwenden, um lebensnotwendige Ausgaben zu bestreiten. Es bleiben also fast gar keine Spielräume. Wenn z.B. die Preise für Rindfleisch um 8 Prozent und für Gemüse um 5,9 Prozent gestiegen sind (November 2021), dann heißt das: „den Gürtel noch enger schnallen“. Eine Erhöhung der Heizkosten um 59 Prozent muss durch das – fast nicht mögliche – Sparen an anderer Stelle aufgebracht werden.

Maßnahmen der Ampel-Koalition: ausreichend?

Die Ampel-Koalition sieht diese sozialen Schiefen durchaus; die Frage ist, ob die bisher ergriffenen Maßnahmen ausreichend sind. Die beiden bisherigen Entlastungspakete bringen Zuschüsse für

Energiekosten und beim Kindergeld und starke, aber zeitlich begrenzte Minderungen bei Tickets für den Öffentlichen Nahverkehr. Dies liegt in der Linie einer bescheidenen Abwehr verstärkter sozialer Schiefen, ähnlich wie die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro, der tatsächlich für viele Menschen eine effektive Einkommenserhöhung bringt. Eine starke soziale Abwehr verschärfter sozialer Ungleichheiten und von Armutsfallen oder gar ein Rückbau sozialer Ungleichheiten aber sähe anders aus.

Skandalös: Die Misere bei Hartz-IV

Das kann am aktuellen Umgang mit Hartz IV-Bezieher*innen gezeigt werden. Zum Januar 2022 war die Erhöhung der Zahlungen für die meisten Bezieher von Grundsicherung um ganze 3 Euro beschlossen worden. Der Regelsatz für alleinstehende Erwachsene beträgt nun 449 Euro monatlich, für Ehegatten und Partner 404 Euro, für Kinder je nach Al-

ter zwischen 285 und 311 Euro. Ein durchschnittlicher Preisanstieg von 7,2 Prozent (März 2022) führt – grob geschätzt – bei einem alleinstehenden Hartz-IV-Empfänger zu einem Kaufkraftverlust von 33 Euro pro Monat. Die jetzt beschlossene Einmalzahlung von 200 Euro gleicht dies über das Jahr betrachtet nicht annähernd aus. Wie dramatisch die soziale Lage vieler ist, drückt Ulrich Schneider vom Paritätischen Verband in einem Interview mit dem Deutschlandfunk im Januar 2022 so aus: Die Inflation treibe „Menschen in Verzweiflung“.

Seit Jahren schleichende Verschärfung der sozialen Ungleichheit

Es wird jetzt oft so getan, als sei die Verschärfung der sozialen Schiefen neu und aktuell. Das stimmt nicht. Die Corona-Krise hat bereits erheblich zu dieser Entwicklung beigetragen.

Fortsetzung auf Seite 2

Es darf keine Geflüchteten „Zweiter Klasse“ geben

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat viele Menschen zur Flucht gezwungen, vor allem Frauen, Kinder und Ältere. Nach offiziellen Angaben um Ostern sind bisher 360 000 Geflüchtete in Deutschland angekommen; vermutlich ist aber die tatsächliche Anzahl viel höher. Die Hilfsbereitschaft ist groß; viele Migrant*innen-Organisationen sind erneut engagiert, wie auch der VMDO in Dortmund. Allerdings: Was die praktische Bewältigung angeht, so zeigt sich, dass in vielen Fällen die Erfahrungen der Jahre 2015/2016 nicht zu stabilen Unterstützungsstrukturen geführt haben.

Auf der anderen Seite haben Bundesregierung und EU-Kommission rasch die Weichen richtiggestellt: Es kommt eine Verordnung zur Anwendung, die für die Flucht vor den Balkankriegen 2001 ge-

**FLÜCHTLINGE
ZWEITE KLASSE**

schaffen wurde; der dortige § 24 ermöglicht einen Antrag auf vorübergehenden Schutz, der bis zu drei Jahren wirken kann. Seit kurzem wurde auch der Zugang zur Grundsicherung und damit zum Arbeitsmarkt öffnet. Diese Bereitschaft von Politik und aus der Mitte der Gesellschaft zu einer guten Aufnahme der Kriegsflüchtlinge ist enorm und wichtig; und es wäre gut gewesen, wenn es dieselben

wichtigen raschen Weichenstellungen auch bei den vor den kriegerischen Verhältnissen in Syrien, in Afghanistan und anderen Ländern seit 2015 Geflohenen schon gegolten hätte.

Hat Deutschland also seine „Lektion“ in Sachen Asyl, Menschenrechte und Antidiskriminierung gelernt? Das steht zur Prüfung an. Denn unter den Geflüchteten befinden sich auch tausende Menschen

aus afrikanischen Ländern, die in der Ukraine studiert haben, ohne ukrainische Staatsbürger*innen zu sein. Und unter den Geflüchteten befinden sich auch Roma-Familien. Zwar gilt der § 24 auch für Personen, die keine ukrainische Staatsbürgerschaft haben, aber sie müssen eine erhebliche Zahl zusätzlicher Nachweise erbringen. Für sie ist die Situation wesentlich intransparenter und sie wie auch die Roma treffen auf weniger Hilfsbereitschaft und Unterstützung.

Aus nahezu allen Standorten von BV-NE-MO-Verbänden wird nicht nur von unterschiedlicher Behandlung, sondern auch von Diskriminierung berichtet. Für viele Roma setzt sich ihre Erfahrung des Ausgrenztseins, die sie auch in der Ukraine machen mussten, fort.

Fortsetzung auf Seite 2

EDITORIAL

VMDO

Verbund der sozial-kulturellen Migrantenvereine in Dortmund e.V.

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine – gegen jedes Völkerrecht und menschenverachtend – ist ein tiefer Einschnitt. Er muss ohne jedes Wenn und Aber verurteilt werden.

Die Folgen sind gravierend: politisch, wirtschaftlich und sozial. Sie betreffen nicht nur unmittelbar die Menschen in der Ukraine und jene von ihnen, die vor dem mörderischen Krieg geflohen sind und fliehen, sondern in abgeschwächter Weise auch uns alle. Etwa durch die Verteuerung der Lebenshaltungskosten, die noch mehr Menschen in Armut bringt als ohnehin schon in ihr Leben. Dies ist ein Thema dieser Ausgabe – und gerade auch zum 1. Mai – dem Tag der Arbeit – besonders wichtig.

Viele Menschen kommen auf der Flucht aus der Ukraine zu uns; und wir aus den Migrant*innen-Organisationen helfen und unterstützen erneut und ohne Zögern, wie wir es auch in der Vergangenheit getan haben. Es ist gut und wichtig, dass die Menschen aus der Ukraine schnell und wirksam unterstützt werden, und dass zugleich ihre Aufnahme und ihr Ankommen für eine längere Zeit oder sogar auf Dauer in

Deutschland vorbereitet wird. Denn niemand weiß, wann sie oder ob sie überhaupt in absehbarer Zeit zurückkehren können. Für uns aber ist zentral: es darf keine Geflüchteten erster, zweiter und sogar dritter Klasse geben. Jene, die schon hier sind – aus Syrien, aus Afghanistan, aus Somalia, dürfen nicht (weiter?) an den Rand gedrängt werden. Und wir erinnern an dieser Stelle ganz ausdrücklich an jene, die auf ihrem Fluchtweg an den hoch befestigten Außengrenzen der EU festgehalten werden: an der Grenze zwischen Belarus und Polen, auf der Balkanroute, bei den griechischen Inseln, an den hohen Zäunen der spanischen Enklaven in Marokko. Was können wir tun? Weitermachen! Und uns noch mehr engagieren. Auch hiervon handeln Berichte in dieser Ausgabe. Und was auch wichtig ist: nachdem die Einschränkungen aus der Corona-Pandemie langsam zurückgefahren werden, muss das Haus der Vielfalt als ein guter Ort für Begegnungen wiederentdeckt und genutzt werden. Lebensfreude gehört dazu: sie ist unser „Gegengift“ zu all der Gewalt, dem Leid und dem Unrecht, das wir jeden Tag sehen, im Fernsehen, aus Berichten und auch aus unserem eigenen Alltag. Solidarität ist auch ein „Gegengift“ hierzu, denn sie spendet Zusammengehörigkeitsgefühl und Kraft.

In diesem Sinne wünschen wir Euch einen guten Mai!

Das Krisenjahr 2022: „Wir werden ärmer werden“. Alle gleich?

Fortsetzung von Seite 1

Darüber wurde hier im „ECHO der Vielfalt“ schon wiederholt berichtet. Der Abstand zwischen hohem und niedrigem Einkommen in Deutschland wird durch die Corona-Pandemie weiter wachsen. Menschen mit schon vorher niedrigem Einkommen sind im bisherigen Verlauf der Krise fast doppelt so häufig von Einbußen betroffen wie Menschen mit hohem Einkommen. Damit verschärft sich ein Trend, der schon die wirtschaftlich starken 2010er-Jahre gekennzeichnet hat. Das zeigt der aktuelle Forschungsbericht des WSI des DGB. Dabei muss beachtet werden: Sozial schwierige Lebenslagen und insbesondere das Leben an oder wenig über der Armutsgrenze sind nicht nur durch geringe Kaufkraft, geringe oder keine finanziellen Rücklagen, sondern zugleich auch durch weitere belastende Umstände geprägt: oftmals prekäre Arbeitsverhältnisse, beengter Wohnraum, erhöhte gesundheitliche Risiken bei zugleich oftmals fehlender bedarfsgerechter Gesundheits-

versorgung und die Gefährdung erfolgreicher Bildungsbiografien der Kinder. Die soziale Lage vieler Menschen hat sich also schon vor der Ukraine-Krise stark verschlechtert. Das hat auch Einfluss, wie die Gesellschaft und ihre Entwicklung häufig wahrgenommen wird: „Die Lasten tragen immer die ‚unten‘“.

Die Corona-Krise hat die soziale Schieflage beschleunigt

Bereits im April 2020 hat der Bundesverband Netzwerke von Migrant*innenorganisationen (BV NeMO) vor den gesundheitlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise gewarnt – auch eines sich verstärkenden Rassismus. Was vor knapp zwei Jahren befürchtet wurde, ist leider in erheblichem Umfang eingetreten. So ist der Zusammenhang zwischen schwieriger sozialer Lage und gesundheitlichen Risiken auch bei der Corona-Erkrankung mittlerweile gut belegt: Sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen haben laut Robert-Koch-Institut eher schwerere Krankheits-

verläufe. Analysen des RKI zeigen, dass in der zweiten Welle die Covid-19 Sterblichkeit in sozial stark benachteiligten Gegenden um 50 bis 70 Prozent höher lag als in weniger sozial benachteiligten Regionen.

Besonders betroffen: Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte

Es zeigt sich also, dass Menschen in prekärer Beschäftigung, in Armut oder in engen Wohnverhältnissen nicht nur hinsichtlich negativer sozialer Folgen besonders betroffen sind, sondern, dass auch die gesundheitlichen Risiken größer sind. Hierzu zählen oftmals auch Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte. „Flüchtlinge sind die Gruppe, die am meisten unter Corona leiden und gleichzeitig in Vergessenheit geraten sind“, sagt der Vorsitzende des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrates, und weist damit energisch auf jene hin, die voller Hoffnung in den Jahren nach 2015 zu uns gekommen sind. Viele Menschen mit Einwande-

rungs- und Fluchtgeschichte gehören aufgrund ihrer sozialen Lage zu jenen, die seit Jahren an Lebensqualität verlieren. Dieser Umstand zeigt an, dass sich Deutschland als Einwanderungsgesellschaft in einer krisenhaften Entwicklung befindet. Darauf hat der BV NeMO in seiner Positionierung „Die Ampel jetzt auf Fortschritt stellen“ mit Nachdruck hingewiesen.

Dringender Handlungsbedarf auch in Dortmund

Gesellschaft wird dort konkret, wo die Menschen leben: nämlich vor Ort. Auch in Dortmund hat sich die soziale Lage vieler Menschen in den letzten Jahren verändert. Der aktuelle Aktionsplan Soziale Stadt basiert auf Daten vor der Corona-Krise. Es ist notwendig, gemeinsam und transparent über die soziale Zukunft der Stadt zu sprechen. Eine „Soziale Lage – Konferenz Dortmund“ ist dringlich. „Es liegt in der DNA der Stadt, sich zu engagieren“, sagt Sozialdezernentin Birgit Zörner.

WK

Der Paritätische Armutsbericht 2021: "Armut in der Pandemie."

Laut aktuellem Paritätischen Armutsbericht hat die Armutsquote in Deutschland mit 16,1 Prozent (rechnerisch 13,4 Millionen Menschen) im Pandemie-Jahr 2020 einen neuen Höchststand erreicht. Auch wenn das Ausmaß der Armut nicht proportional zum Wirtschaftseinbruch und dem damit verbundenen Beschäftigungsabbau zunahm, gibt es eindeutige Corona-Verlierer: So sind es laut der Studie des Wohlfahrtsverbandes vor allem die Selbstständigen, unter denen die Einkommensarmut zugenommen hat. Der Verband wirft der Politik armutspolitisch Versäumnisse vor und appelliert an die neue Bundesregierung, nicht nur die im Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen wie Kindergrundsicherung oder Verbesserungen bei Wohngeld und BAFöG zügig und entschlossen anzugehen: Zwingend, so die Forderung, sei darüber hinaus insbesondere eine bedarfsgerechte Anhebung der Regelsätze in der Grundsicherung. Der Bericht geht unter anderem auf die Lage in den Bundesländern ein, die von tiefen Gräben zeugt: Während die beiden süddeutschen Länder Bayern und Baden-Württemberg auf eine gemeinsame Armutsquote von ‚nur‘ 12,2 Prozent kommen, weisen die



übrigen Bundesländer eine gemeinsame Armutsquote von 17,7 Prozent aus. Der Abstand zwischen Bayern (11,6 Prozent) und dem schlechtplatziertesten Bundesland Bremen (28,4 Prozent) betrage mittlerweile 16,8 Prozentpunkte. „Deutschland ist nicht nur sozial, sondern auch regional ein tief gespaltenes Land und die Gräben werden immer tiefer. Wenn in einem Bundesland jeder zehnte und in dem anderen mehr als jede*r vierte Einwohner*in zu den Armen gezählt werden muss, hat dies mit gleichwertigen Lebensbedin-

gungen in ganz Deutschland nichts mehr zu tun“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands.

Neben soziodemografischen Aspekten und der Zusammensetzung der Gruppe armer Menschen liegt ein Schwerpunkt des Armutsberichts auf der Analyse der Pandemie-Auswirkungen. „Die allgemeinen Folgen der Pandemie trafen Arme ungleich härter“, kritisiert Schneider. Insbesondere das Kurzarbeitergeld, aber auch das Arbeitslosengeld I hätten zwar

durchaus als Instrumente der Armutbekämpfung gewirkt, so ein Befund des Berichts. Doch seien vor allem Erwerbstätige, und darunter vor allem die Selbständigen, die Einkommensverlierer der Corona-Krise und das schlage sich auch in den Armutsquoten nieder: Zählte die Mikrozensuserhebung 2019 unter den Erwerbstätigen insgesamt 8 und unter den Selbständigen 9 Prozent Arme, kommt die 2020er Erhebung auf 8,7 Prozent bei den Erwerbstätigen und sogar 13 Prozent bei den Selbständigen.

Der Paritätische

VMDO-Aktion am Sozialamt Leopoldstraße

Der VMDO-Vorstand und viele freiwillige Helfer haben vor dem Sozialamt täglich Essen und Getränke an die wartenden Menschen verteilt. In den Anfangsta-

gen der Fluchtbewegung aus der Ukraine standen die Menschen dort in einer endlosen Schlange zur Registrierung vor dem Amt an der Leopoldstraße.



IMPRESSUM

Herausgeber: VMDO e.V. (Mitglied im Paritätischen)

DER PARITÄTISCHE

„ECHO“ wird unterstützt von:

Kommunales Integrationszentrum Dortmund

Beuthstraße 21, 44147 Dortmund
Tel.: +49 231 / 28678241
Fax: +49 231 / 28678166

eMail: info@echo-vielfalt.de
http://www.echo-vielfalt.de
Amtsgericht Dortmund VR 6233

Gesamtleitung: Dr. Ümit Koşan.
Herausgegeben Vorstand des VMDO e.V..

Redaktion: Dr. Ümit Koşan,
Prof. Dr. Angela Paul-Kohlhoff,

Vedat Akkaya, Hansgeorg Schmidt

Layout, Design: J.A.

Anzeigenservice:

Vedat Akkaya,
Hansgeorg Schmidt
anzeige@echo-vielfalt.de

Vertrieb: Eigenvertrieb
Auflage: 5.000
Druck: Lensing Druck, Dortmund

Alle Rechte vorbehalten. Die von uns gesetzten, gestalteten und veröffentlichten Texte, grafische Darstellungen und Fotos dürfen nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion reproduziert und nachgedruckt werden. Für die Inhalte öffentlicher Texte von Dritten übernehmen wir keine Haftung.

Fortsetzung von Seite 1

Der BV NeMO formulierte in seiner Positionierung zu „100 Tagen Ampel-Koalition“ am 21. März 2022 so: „Wichtig ist, dass der Staat bei seinem eigenen Handeln die Zuschreibung von ‚Fremdheit‘ vermeidet. Die Tatsache, dass an den EU-Grenzen zwischen Geflüchteten mit und ohne ukrainische Staatsbürgerschaft

unterschieden wurde, ist solch ein Vorgang. Es darf keine Unterscheidung in Geflüchtete erster und zweiter Klasse geben.“

Über die aktuellen Problematiken hinaus droht, dass die Geflüchteten aus den Jahren 2015/2016 aus der Aufmerksamkeit, die ohnehin zurückgegangen ist, nun vollständig verdrängt werden. Deren Ankommen ist aber für viele immer noch nicht erfolgreich und

befriedigend abgeschlossen. Und nicht nur, weil sich viele noch in einem ungesicherten Aufenthaltsstatus befinden und ihnen möglicherweise Abschiebung droht, sondern auch, weil sie auf dem Arbeitsmarkt noch keinen einigermaßen sicheren Platz gefunden haben. Gerade in dieser Hinsicht brachte die Corona-Krise für sie nicht nur gesundheitlich, sondern auch, was ihre Teilhabe betrifft,

empfindliche Rückschläge. Der aktuelle Zugang vieler Geflüchteter und die damit verbundenen Herausforderungen und Probleme müssen Anlass sein, die lokale Geflüchtetenarbeit und ihre Rahmenbedingungen kritisch zu überprüfen. Die Migrant*innen-Organisationen sind auch hierfür – wie bei der Geflüchtetenarbeit insgesamt – unverzichtbar.

WK

Vereins- und Kulturförderung

In 2022 werden 13.300 € an Vereine für die allgemeine Vereinsarbeit im Stadtbezirk (nicht zweckgebunden) bewilligt.

Diese können sich bis zum 19.05.2022 mit entsprechenden Eingaben an die Bezirksvertretung wenden und diese entscheidet in ihrer Sitzung am 08.06.2022 über die Verwendung der Vereinsmittel.

Entsprechende Vordrucke und die Richtlinien der Vereinsförderung sind unter <http://innenstadtwest.dortmund.de> (Abschnitt Lokalpolitik) herunterzuladen.

Natürlich können Vereine und Institutionen unabhängig davon ganzjährig Eingaben zur Förderung von konkreten Projekten oder Maßnahmen an die Bezirksvertretung Innenstadt-West richten.

Eingaben können schriftlich an die Geschäftsführung oder per Mail gesendet werden:

Stadt Dortmund
Geschäftsführung der Bezirksvertretung Innenstadt-West
Südwall 2-4
44122 Dortmund
innenstadtwest@dortmund.de

Für Geflüchtete aus der Ukraine: VHS bietet kurzfristig kostenlose Deutschkurse an

Die VHS Dortmund bietet kurzfristig Deutschkurse an, um Geflüchtete aus der Ukraine schnell und unkompliziert beim Start zu unterstützen. Die Kurse sind für alle aus der Ukraine Geflüchteten offen, unabhängig vom Pass oder Aufenthaltsstatus. Sie vermitteln in erster Linie Basissprachkenntnisse für die erste Orientierung im Alltag. Möglich sind aber auch Kurse auf fortgeschrittenem Ausgangsniveau.

Die Teilnahme ist kostenfrei. Die ersten Kurse starten ab dem 24. März. Beratung und Anmeldung im Kundencenter der VHS Dortmund (Hansastraße 2-4) ohne Terminvereinbarung zu den offenen Sprechzeiten:

Mo 9-13 Uhr, Di/Do 13-17 Uhr.
Weitere Infos bei Nilofar Ziarnal (0231) 50-2 95 87.

Vor 30 Jahren: UN-Kinderrechtskonvention trat in Deutschland in Kraft

2019 feierte die UN-Kinderrechtskonvention ihr 30-jähriges Jubiläum. In Deutschland trat sie 1992 in Kraft. Fast genauso lange setzen sich Verbände, Organisationen und Initiativen für die vollständige Umsetzung der Kinderrechte und deren Festschreibung im Grundgesetz ein. Auch der Paritätische unterstützt diese Forderung bereits seit einigen Jahren.

In der 19. Legislaturperiode gab es erstmals den Versuch, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die zu dieser Thematik gearbeitet und 2019 ihren Bericht vorgelegt hatte, bot hierfür die Grundlage.

Im Gedenken und Erinnern solidarisch

Gamze Kubaşık und Semiya Şimşek

von Ali Şirin

Das Bündnis Tag der Solidarität – Kein Schlussstrich Dortmund organisierte in Absprache mit der Familie Kubaşık in Dortmund das Gedenken an Mehmet Kubaşık, der am 4.4.2006 vom NSU ermordet wurde. Der NSU ermordete in den Jahren 2000 bis 2007 zehn Menschen. An dem Gedenken in Dortmund beteiligte sich auch Semiya Şimşek, Tochter von Enver Şimşek, dem ersten Opfer des NSU-Terrors. Gemeinsam engagieren sie sich seit 16 Jahren für Erinnerung, Aufklärung und Gerechtigkeit. Ali Şirin führte ein kurzes Interview mit ihnen.

Semiya, Du bist zum ersten Mal in Dortmund, kannst Du uns sagen, was es für Dich bedeutet, dabei zu sein und die Familie Kubaşık zu unterstützen?

Semiya: Wir haben unsere Väter verloren. Unser Schmerz des Verlustes ist derselbe. Mit meiner Teilnehme zeige ich mich solidarisch. Wir kämpfen gemeinsam für Aufklärung des NSU-Komplexes. Deshalb nehmen wir gemeinsam an Veranstaltungen teil, um über unsere Erfahrungen, den NSU-Komplex und Rassismus zu diskutieren.

Was bedeutet für Euch die gemeinsame Freundschaft?

Semiya: Unsere Freundschaft ist schon sehr lange verbunden. Wir kennen uns seit 2006 vom Schweigemarch in Kassel. Auch wenn wir nicht jeden Tag Kontakt haben, so wissen wir, wer was macht, wie es unseren Familien geht. Unsere Freundschaft wird sich nie auflösen, weil wir eine tiefe vertraute und innerliche Verbundenheit miteinander haben.

Gamze: Die Freundschaft mit Semiya bedeutet für mich sehr viel. Es ist eigentlich mehr als eine Freundschaft. Wir sind wie eine Familie. Wir teilen dasselbe Schicksal, denselben Schmerz. Wir sind gemeinsam einen lan-



Semiya Şimşek und Gamze Kubaşık. Foto: Ali Şirin

gen Weg gegangen. Sie gibt mir, uns viel Kraft. Mit ihr ist es leichter, diesen beschwerlichen Weg zu gehen.

Könnt Ihr uns sagen, warum Ihr Euch weiterhin engagiert?

Semiya: Meine Forderungen sind, wie die der anderen Familienangehörigen, dass der NSU-Komplex lückenlos aufgeklärt wird, ich möchte genau wissen, warum mein Vater sterben musste, nach welchen Kriterien die Opfer ausgesucht wurden, ich möchte Gerechtigkeit.

Gamze: Ich engagiere mich, weil ich immer noch offene Fragen habe. Unsere Forderungen sind nach wie vor ungeklärt. Ich möchte eine vollständige Aufklärung. Ich werde weiterhin dafür kämpfen, dass der NSU und seine Verbrechen vollständig aufgeklärt werden. Der Rassismus muss in unserer Gesellschaft ernst genommen. Ich möchte nicht, dass ein Mensch aus rassistischen oder anderen Gründen sterben muss. Mein Vater soll nicht vergessen werden.

Woher nimmst du die Kraft und

Stärke, Dich weiterhin zu engagieren?

Semiya: Wir wurden in diese Rolle gedrängt, mussten und müssen immer noch um Aufklärung kämpfen. Wir können nicht einfach aufhören. Andere Familien sollen nicht dieselben Erfahrungen wie wir machen.

Gamze: Die Kraft nahm ich von meiner Mutter. Sie ist mein Vorbild. Trotz der Beschuldigungen, der Demütigungen gab sie nicht auf, für Aufklärung zu kämpfen. Aber auch von anderen engagierten solidarischen Menschen und Initiativen und Bündnissen.

Wer waren Eure Väter? Könnt Ihr mehr über sie erzählen?

Semiya: Für mich war er ein besonderer Mensch. Ich bin stolz seine Tochter sein zu dürfen. Er war ein guter Familienvater. Auch wenn er Verdächtigungen ausgesetzt war, wussten wir, dass diese Vorwürfe falsch waren und er ein guter Mensch war. Ich habe ihn in guten Erinnerungen und dafür bin ich ihm dankbar.

Gamze: Meinen Vater habe ich

in guter Erinnerung. Wir gingen oft aus, z.B. Eis essen, wuschen gemeinsam unser Auto. Ich weiß, dass er uns, seine Kinder sehr liebte. Mein Vater mochte Kinder sehr und gab ihnen im Kiosk gerne mehr Süßigkeiten in die Tüte als sie eigentlich kaufen wollten. Er war ein toller Mensch.

Liebe Gamze, liebe Semiya, vielen Dank für das Interview.

GEDENKEN AN MEHMET KUBAŞIK

Am 4.4.2022 organisierte das Bündnis Tag der Solidarität – Kein Schlussstrich Dortmund das Gedenken an Mehmet Kubaşık. Über 200 Menschen nahmen an dem Trauermarsch und an der Kundgebung vor der Auslands-Gesellschaft teil. Bei der Kundgebung wurden Reden gehalten und Audio-grußworte von Betroffenen aus Hanau, Halle, Duisburg, Mölln und München abgespielt. Das Bündnis unterstützt die Forderungen der Familien nach vollständiger Aufklärung des NSU-Komplexes und ein würdigesErinnern an die Opfer.

Stilles Gedenken an Mehmet Kubaşık

In diesem Jahr - am 4. April 2022 - jährt sich der Todestag von Mehmet Kubaşık zum 16. Mal. Mehmet Kubaşık war Teil und Bürger unserer Stadt und wurde am 4. April 2006 durch die rechtsextremistische Terrororganisation "Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)" in seinem Kiosk in der Dortmunder Nordstadt ermordet. In Gedenken an Mehmet Kubaşık hat heute Oberbürgermeister Thomas Westphal gemeinsam mit der Witwe Elif Kubaşık und Tochter Gamze Kubaşık ein stilles Gedenken vor dem ehemaligen Kiosk in der Mallinckrodtstraße 190 abgehalten und Blumen niedergelegt. Weitere Teilnehmer*innen waren Generalkonsul Sezai Tolga Şimşir, Semiya Şimşek (Tochter von Enver Şimşek, der im September 2000 von der NSU in Nürnberg getötet wurde), Bezirksbürgermeisterin Hannah Rosenbaum, die stellvertretende Integrationsratsvorsitzende Irina Bürstinghaus, Polizeipräsident



OB Thomas Westphal mit Teilnehmer*innen an der Gedenkstätte

Foto: Roland Gorecki

Gregor Lange sowie der Sonderbeauftragte des Oberbürgermeisters für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, Manfred Kossack. Oberbürgermeister Thomas Westphal: „Wir Dortmunderinnen und Dortmunder gedenken heute Mehmet Kubaşık und auch den anderen Opfern der NSU. Wir

sind weiterhin aufgefordert, geschlossen und entschlossen rechter Gewalt, Rassismus und Hetze entschieden entgegenzutreten. Die Erinnerung an den Mord von Mehmet Kubaşık ist deshalb nicht nur als unsere Pflicht gegenüber den Hinterbliebenen zu verstehen, sondern auch als Verantwort-

tung für Respekt und Anerkennung und gegen Gewalt und Hass in unserer Mitte. Der Einsatz der Familie von Mehmet Kubaşık gegen Rechtsextremismus und -terrorismus ist ein besonders wichtiger Beitrag dazu. Dafür danken wir ihr sehr.“

Elif und Gamze Kubaşık: „Auch 16 Jahre danach ist unser Ehemann und Vater in unserem Alltag sehr präsent. Unsere Familie ist in den 16 Jahren gewachsen, aber der Verlust ist immer noch spürbar. Wir sind froh darüber, dass wir neben unserem Oberbürgermeister ganz viele Weggefährt*innen und Organisationen in Dortmund an unserer Seite haben. Uns alle verbindet Dortmund als unsere Heimat! Gemeinsam setzen wir uns gegen rechten Terror ein, fordern eine umfassende Aufklärung und erinnern mit stillen Gedenken, Veranstaltungen und Demonstrationen an den 4. April 2006. Dieser Zusammenhalt ist nicht überall selbstverständlich.“

ECHO

Literarischer und musikalischer Sonntag

Im Haus der Vielfalt fand eine literarische und musikalische Veranstaltung statt. Mehrere Organisationen haben sich zusammengesetzt, um eine vielfältige Veranstaltung zu organisieren. Der literarische und musikalische Sonntag im Sitz des VMDO e.V. wurde von der palästinensischen Gemeinde zu Dortmund e.V., dem Jerusalem Kulturforum aus Berlin und dem Projekt Samofa plus organisiert. Die Buchmesse dauerte durchgehend bis 19:00 Uhr, sie wurde von hunderten Buchfreunden und -Freundinnen besucht. Um 16:00 Uhr hat der Dichter „Khaled Shomali“, ein gebürtiger Palästinenser aus Bethlehem, ausgewählte Gedichte aus seinen Werken vorgelesen. Der Auftritt der Musikgruppe „NOSTALGIA“ aus Köln rundete den Abend ab.

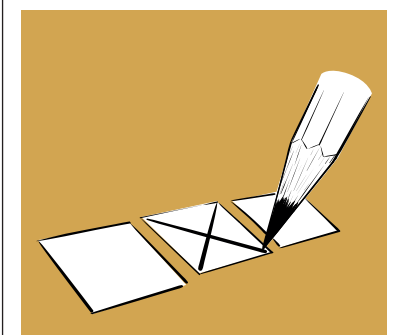
Nemer Yahya

Bastelwerkstatt im Haus der Vielfalt

25 Kinder der arabischen Schule haben mit ihren Eltern, Lehrerinnen und Lehrern an einer Bastelwerkstatt teilgenommen. Die arabische Schule der palästinensischen Gemeinde zu Dortmund e.V., mit Sitz im VMDO e.V., bringt den Kindern und Jugendlichen der Geflüchteten und Migranten nicht nur die Muttersprache ihrer Eltern bei, sondern erweitert ihr Angebot auf außerschulische Aktivitäten. Angesichts des diesjährigen Ramadan hatten die Teilnehmer*innen die Möglichkeit an einer Bastelaktion teilzunehmen. Geschenktüten und Ramadan-Laternen waren der Gegenstand der Bastelaktion. Die Kinder haben sich auf die Teilnahme an dieser Bastelaktion sehr gefreut und hatten die Möglichkeit in einer multikulturellen Gesellschaft die solidarische und menschliche Bedeutung des Fastens im Ramadan kennenzulernen.

Nemer Yahya

Wählen ist entscheidend - on tour



„Wählen ist entscheidend – on tour“ war am 21. April zu Gast auf dem Wilhelmplatz in Dortmund-Dorstfeld: „Jungen Wählerinnen und Wählern bewusst machen, deine Stimme zählt ist das Anliegen der Veranstalter“, erklärt Birgit Miemitz, Vorsitzende des Vereins zur Förderung von Respekt, Toleranz und Verständigung in Dortmund-Dorstfeld e.V. Die Mitarbeitenden des Projektes „Quartiersdemokraten“ hatten ein spannendes und vielfältiges Programm vorbereitet. Eine gute Erinnerung an jugendliche und junge Erwachsene ihr demokratisches Recht – das Wahlrecht – auch wahrzunehmen. Auf dem Programm standen auch ein Street-Kick mit dem BVB-Fanprojekt und ein Graffiti-Workshop vom Respektbüro des Jugendamtes, die Elias-Gemeinde versorgte die Teilnehmenden mit leckeren Waffeln und Getränken.

ECHO

Lebenshaltungskosten explodieren: Regelsatz ist verfassungswidrig

Strom, Benzin oder Lebensmittel – die Lebenshaltungskosten steigen seit Jahren. Durch den Krieg in der Ukraine und Corona-bedingte Mehrausgaben hat sich die Lage immens verschärft. Schwierig für viele Menschen, existenzbedrohend für Hartz-IV-Empfänger*innen. Denn die Anpassung des Regelsatzes reicht vorne und hinten nicht, wie der heute von der Landesarbeitsgemeinschaft der nordrhein-westfälischen Wohlfahrtsverbände (LAG Freie Wohlfahrtspflege NRW), der auch der Paritätische NRW angehört, und dem Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen vorgelegte Arbeitslosenreport zeigt.



an der untersten Grenze dessen liegen, was verfassungsrechtlich gefordert ist. „Seitdem ist die Schere immer weiter auseinandergegangen. Schon im Januar war mehr als offensichtlich, dass mit lächerlichen 3 Euro mehr pro Monat die steigenden Lebenshaltungskosten nicht aufgefangen werden können. Und nun gehen durch den Krieg in der Ukraine noch die Energiekosten durch die Decke“, so Woltering.

Ist eine existenzgefährdende Unterdeckung durch unvermittelt auftretende, extreme Preissteigerungen nicht auszuschließen, darf der Gesetzgeber nicht auf die reguläre Fortschreibung der Regelbedarfsstufen warten, heißt es im Verfassungsgerichtsurteil.

Die Wohlfahrtsverbände in NRW fordern eine Erhöhung, die zum Verbraucherpreisindex passt und so der Lebensrealität entspricht. Nach ihren Berechnungen müsste ein bedarfsgerechter Regelsatz für einen alleinstehenden Menschen deutlich über 600 Euro pro Monat liegen. Aktuell beträgt er jedoch nur 449 Euro. Nach Berechnungen der Bundesbank ist für das Jahr 2022 mit einem weiteren Anstieg des Verbraucherpreisindex zu rechnen. „Steigende Preise, aber nicht mehr Geld zum Leben – das funktioniert so nicht. Wir brauchen eine Anpassung der Regelsätze und Soforthilfemaßnahmen. Mit 100 Euro mehr im Monat wäre zumindest eine kurzfristige Unterstützung gegeben.“

Der Paritätische

Frühlingsfest der Arbeitsgemeinschaft Frauenverbände

Zu einem Frühlingsfest hatte am Sonntag, den 10. April die Arbeitsgemeinschaft Dortmunder Frauenverbände eingeladen - nach über zwei Jahren Pandemie konnte endlich das traditionelle Jahrestreffen wieder stattfinden. In dem lockeren Rahmen ging es der Vorsitzenden Ursula Bobitka vor allem darum, gute Gespräche zu initiieren, Kooperationen zu vertiefen und neue zu entwickeln, um mit frischen Impulsen gestärkt aus der Pandemie herauszukommen.

Unter dem Motto „Sichtbarkeit“ der diesjährigen Veranstaltung waren zahlreiche Gäste aus Politik, Stadtgesellschaft, Wirtschaft und Vereinen in den Räumen der DSW21 eingeladen, die die Arbeitsgemeinschaft seit vielen Jahren aus voller Überzeugung unterstützt. „Der Einsatz für Chancengleichheit, Frauenförderung und der Kampf gegen Vorurteile und Diskriminierung jeder Art ist für uns keine Pflicht-

übung, sondern eine Herzensangelegenheit, auch für mich persönlich“, so machte Harald Kraus, vom Vorstand DSW21, in seinem Grußwort deutlich. „Mir ist es wichtig, bei diesem Thema über Erfolge, aber auch über Rückschritte und Herausforderungen zu sprechen und sie sichtbar zu machen. Denn nur wer sichtbar ist, findet auch statt. Und nur was sichtbar ist, kann auch verändert werden.“ Dies konnte Stefanie Erdelbrauk nur unterstreichen: „Worte sind schön, aber Taten bewegen die

Welt.“ Als Diversity-Managerin der DEW21, dem kommunalen Lebensversorger, weiß sie, wie wichtig die aktive Unterstützung von Frauen ist. Einig waren sich am Ende alle, dass ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Sichtbarkeit für Frauen darin liegt, sich zu vernetzen und gegenseitig zu bestärken. Das ist beim Frühlingsfest der Dortmunder Frauenverbände in jedem Falle gelungen..

Antje Griesbach



Gabriele Brübach, dffw e.V., Hatice Müller-Aras, Multikulturelles Forum, Susanne Wilhelmina, Moderation, Ursula Bobitka AG Dortmunder Frauenverbände, Harald Kraus, Vorstand DSW21, Ute Mais, Bürgermeisterin, Maresa Feldmann, Gleichstellungsbeauftragte und Stefanie Erdelbrauk, DEW21.

Foto: Antje Griesbach

Wohnungsnot und Wuchermieten

Infos und Gewinnspiele zum Housing Action Day wurden von Nordstadt-Bewohner*innen und Passant*innen gut genutzt

Der Platz vor der St. Josephskirche füllte sich für den Housing Action Day in kürzester Zeit. Am 26.03.2022 machten mehrere Vereine auf die schwierige Situation von Mieter*innen aufmerksam und boten ihnen Informationen: mitten auf dem Platz bot eine Couch einen Platz für Gespräche zur Wohnsituation und ein Glücksrad kleine Gewinne für die interessierten Besucher*innen. Das Glücksrad war vor allem bei den Kindern beliebt. Mit dem Dreh an der „Preisspirale“ konnte man nicht nur etwas gewinnen, sondern auch viel über aktuelle Mietangebote in Dortmund erfahren. „Mit dem Ansturm hätten wir nicht gerechnet. Die Kinder waren alle total neugierig und haben am Glücksrad nach den Mieten gefragt. Vielen Dank an alle, die uns besucht haben und an unsere Helfer für ihren Beitrag zum Housing Action Day 2022“, so Anna Tenholt und Fatlinda Bajramaj, vom Projekt „Nordstadt to go!“.

Gemeinsam mit Kolleg*innen von der Antidiskriminierungsstelle, Konfliktvermittlung und den Vereinen Mieterverein Dortmund, Train of hope, GrünBau, bodo, Mieternetzwerk Dortmund, bezent und dem Caritas Energiesparservice machten sie auf ein drängendes Problem aufmerksam: steigende Mieten und prekäre Wohnsituationen. 63 Personen nahmen an einer Kurzumfrage teil. 34 von ihnen wohnen in der Nordstadt. Die meisten von ihnen gaben an, dass sie mit der Größe ihrer Wohnung zufrieden sind.



Bezirksbürgermeisterin Hannah Rosenbaum vor der St. Josephskirche
Foto: Sebastian Sellhorst, bodo e.V.

Aber auch die anderen fanden bei den Veranstalter*innen ein offenes Ohr: „Wir haben mit vielen Menschen gesprochen am Samstag. Es war spannend, teilweise auch bedrückend über Probleme mit der Wohnsituation zu hören. Wir hoffen sehr, dass wir in manchen Fällen mit Infos und Kontaktadressen weiterhelfen konnten“, berichtet Anna Tenholt. Um 13 Uhr stellten die Veranstalter*innen ihre konkreten Forderungen auf. Tülin Kabis-Staubach, Geschäftsführerin Planerladen gGmbH, und Bezirksbürgermeisterin Hannah Rosenbaum beschrieben sowohl die Situation in der Nordstadt als auch notwendige wohnungspolitische Maßnahmen für einen Stopp der Preisspirale. Markus Roeser vom Mieterverein Dortmund infor-

mierte über die generelle Entwicklung des Wohnungsmarkts, die zur Knappheit von Wohnraum führt. Das Projekt „Nordstadt to go!“ vom Planerladen möchte Menschen aus der Nordstadt und aus anderen Stadtteilen oder Städten, Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte zusammenbringen, Barrieren abbauen und Kulturen in einem zwanglosen Rahmen vorstellen. Über Instagram @nordstadttogo, den Hashtag #nordstadtkannmehr und auf www.nordstadttogo.de werden alle Infos, Termine und Teilnahmebedingungen für die Veranstaltung bekannt gegeben. Das Projekt wird gefördert durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.

Planerladen

INTERKULTURELLES FORUM - SERVICE UND BEGEGNUNG FÜR VEREINE



COME TOGETHER!

Freitag, 6. Mai 2022
14:00 – 18:00

Union Gewerbehof (Werkhalle)
Huckarder Str. 10-12,
44147 Dortmund
Anmeldung unter:
eveeno.com/insist



INSist
Interkulturelle städtische
Initiativen stärken
www.do-insist.de

Anmeldung erforderlich
bis zum 2. Mai 2022

VMDO
Verband der sozial-
kulturellen Migrantenvereine
in Dortmund e.V.

Drei neue Gesichter für den Landtag in NRW

Armel Djine, Andreas Flur und Kevin Götz kandidieren zum ersten Mal und möchten am 15. Mai in den Düsseldorfer Landtag einziehen. Wir haben sie nach ihren Zielen gefragt.

Welche politischen Schwerpunkte setzen Sie mit Ihrer Kandidatur für den NRW-Landtag?

Armel Djine (Bündnis 90/Die Grünen):

Mit meiner Kandidatur setze ich mich vor allem für Chancengerechtigkeit ein. Wir haben nicht nur in NRW, sondern deutschlandweit die Herausforderung, dass Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Umständen ihr Leben bestreiten. Gute Bildung hängt beispielsweise oft von Einkommen oder Herkunft der Eltern ab oder sogar allein von der Postleitzahl. Das müssen wir ändern! Wir haben die Möglichkeiten der Digitalisierung als Chance zu nutzen und eine Erreichbarkeit von guter Bildung für alle zu schaffen. Dazu gehört, starkes WLAN und frei zugängliche Informatikkompetenzen als Grundlage für soziale Teilhabe und dafür müssen informatische Grundlagen für alle frei zugänglich werden.

Andreas Flur (CDU):

Ehrenamtsförderung: Ehrenamtlich Engagierte bilden die Basis unserer Gesellschaft. Sei es bei der Feuerwehr, im Fußballverein oder bei einem der vielen anderen Vereine. Wir sollten Kinder und Jugendliche zur Mitarbeit motivieren und so frühzeitig Ihre soziale Entwicklung fördern. Die Wertschätzung aller Ehrenämter und deren Engagement ist mir ein persönliches Anliegen. Grundsätzlich sollte die Aufwandsentschädigung/Übungsleiterpauschale hier für alle steuerlich besser berücksichtigt wird. Zum Beispiel durch noch höhere Freibeträge oder Entlastung an anderer Stelle. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass wir als CDU in NRW einen Gesetzesentwurf

auf Landes anstoßen der diese Entlastung regelt. Außerdem sollte es die Möglichkeit geben für Ehrenamtliche Tätigkeit Rentenpunkte einfach zu erwerben. Nicht jeder im Ehrenamt bekommt eine Aufwandsentschädigung, die Menschen die ganz ohne diese Entschädigung tätig sind, sollten im Verhältnis zu geleisteten Stunden und Jahren Rentenpunkte erwerben können. Bürokratieabbau: Praktische und vor allem zeitnahe Lösungen sind unabdingbar, dazu sind schnelle Verwaltungsabläufe durch weniger Bürokratie und effiziente und praktische Lösungen nötig.

Wir müssen bei der Planung und Umsetzung von Projekten schneller werden. Hier gehört auch das Thema moderne Verwaltung zu. Wie können wir hier digitaler werden, damit die Bearbeitungen schneller geht. zum Beispiel bei der Beantragung von Ausweisen oder An- und Ummeldung könnte so schneller gehen.

Verkehrswende: Das Thema Verkehrswende berührt uns alle in Dortmund und darüber hinaus eines der entscheidendsten Themen unserer Zeit. Deshalb sollten wir zusammen mit allen Teilnehmern am Straßenverkehr Lösungen entwickeln. Lassen Sie uns zusammen und nicht gegeneinander arbeiten. Auch das Thema Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und Park und Ride Möglichkeiten sind ein großer Bestandteil dieses Prozesses. Die Elektrifizierung vieler Verkehrsträger muss zu Ende gedacht werden. Es wird auch in Zukunft noch Bürger*innen mit einem Auto geben und auch diese müssen sich hier wiederfinden.

Kevin Götz (Die Linke)

Mein politisches Handeln ist geprägt vom Bild der sozialen Ge-

rechtigkeit. Ich beschäftigte mich mit den alltäglichen Problemen der einfachen Leute und möchte mich vor allem für einen öffentlichen kostenlosen Nahverkehr, für bezahlbaren Wohnraum in öffentlicher Hand und für Arbeitsbedingungen einsetzen die nicht in die Altersarmut führen.

Menschen mit Migrationshintergrund bilden einen großen Teil der Einwohner in Dortmund. Wo sehen Sie in diesem Kontext den größten Handlungsbedarf?

Armel Djine (Bündnis 90/Die Grünen):

Es ist wichtig, dass jeder Mensch in Dortmund die Möglichkeit bekommt sich mit Selbstvertrauen zu entfalten unabhängig von Herkunft, sexueller Orientierung, Religion, Handicap oder Hautfarbe. Dazu gehört auch das Recht, Diskriminierungsfälle als solche betiteln zu können und rechtlich dagegen vorzugehen. Ich sehe daher einen großen Handlungsbedarf in der Legislative.

Wir brauchen klar definierte und fest verankerte Antidiskriminierungsgesetze, Anlaufstellen für Diskriminierungsfälle, flächendeckende Beratungsstellen für Opfer sowie Ansprechpartner:innen der Landesregierung für Beteiligung und Dialog.

Bürger:innen aus anderen EU-Staaten und Ausländer:innen aus Nicht-EU-Staaten, die seit langem in Dortmund ihren Lebensmittelpunkt haben, sollten das kommunale Wahlrecht erhalten. Bildungsinhalte sollten mit Rücksicht auf unser buntes und vielfältiges Dortmund angepasst werden, sodass Ausgrenzung und Rassismus in den Köpfen unserer Kinder keinen Platz mehr findet und von Grund auf sensibilisiert wird.

Ich will mich dafür einsetzen, dass



ARMEL DJINE



ANDREAS FLUR



KEVIN GÖTZ



Diversität und Vielfalt als Normalität in allen Bereichen des kommunalen Lebens verankert wird.

Andreas Flur (CDU):

Hier halte ich Sprache für einen wichtigen Bestandteil. Dies kann über Schulen, Kindertageseinrichtungen Sportvereinen etc. unterstützt werden. Außerdem glaube ich, dass es wichtig ist, sich mit seinem Wohnort zu identifizieren. Hier halte ich einen regelmäßigen Austausch für wichtig. Dies kann im Rahmen von gemeinsamen Veranstaltung passieren oder eben in die o.g. Vereinen und Organisationen. Wir müssen hier die Meinung aller mit einbeziehen.

Kevin Götz (Die Linke)

Viele Migrant*innen werden als billige Arbeitskraft ausgebeutet oder werden für ihre Herkunft, ihren Namen oder für ihr Aussehen benachteiligt. Wir möchten gleichwertige Bedingungen schaffen mit einem armutsfesten Mindestlohn von 13 € und Ausbeutungsformen wie Ein-Euro-Jobs,

Minijobs, Leiharbeit oder Saisonarbeit durch bessere Arbeitsverhältnisse beenden. Strukturellen Rassismus wollen wir mit anonymisierten Bewerbungsverfahren auf dem Arbeitsmarkt oder auf der Wohnungssuche bekämpfen.

Was werden Sie als erstes tun, wenn Sie gewählt werden?

Armel Djine (Bündnis 90/Die Grünen):

Als erstes möchte ich mich für eine neue Mobilität einsetzen, denn auch hier haben Menschen unterschiedliche Chancen, je nach Wohnlage und Geldbeutel. Wir brauchen eine Mobilität die umweltfreundlich, barrierefrei und bezahlbar ist. Dazu brauchen wir einen übergangslosen Ausbau des Bahnnetzwerks, bessere und sichere Radwege sowie mehr E-Ladestationen in Verbindung mit Solar und Speichertechnik in Dortmund. Ein Bürger*innen-Ticket wäre hierbei ein erster Schritt. Schüler*innen und Azubis sollten vergünstigte Tickets erhalten, um

jederzeit problemlos an einem umweltfreundlichen Verkehr teilnehmen zu können.

Andreas Flur (CDU):

Das ist eine schwere Frage. Ich denke erst mal allen danken, die mich auf dem Weg begleitet haben. Vor allem meiner Familie und meinen Freunden. Dann denke ich erst mal zwei Tage frei zu nehmen, damit ich mich selber sortieren und dann auf die neue Aufgabe vorbereiten kann. Da gibt es dann viel zu tun.

Kevin Götz (Die Linke):

Sollte ich es in den Landtag schaffen, werde ich mich mit den Gewerkschaften, den Verbänden und den sozialen Bewegungen auf der Straße zusammensetzen. Gemeinsam werden wir eine starke Stimme im Parlament sein. Die durch die Landesregierung verursachten Probleme werde wir kritisieren und Lösungen anbieten eine gerechte und solidarische Gesellschaft zu erreichen.

ECHO

Come together - Service und Begegnung für Dortmunder Vereine



Das Projekt INSIST (Interkulturelle städtische Initiativen stärken) des VMDO e.V. hat sich auf die Fahne geschrieben Dortmunder Vereine zu vernetzen und zusammen zu bringen.

Am 6. Mai sind deshalb alle Dortmunder Vereine herzlich eingeladen, sich in der Werkhalle des Union-Gewerbehofs im Rahmen eines großen Forums kennenzulernen und zahlreiche Informationsangebote zu nutzen. Den Vereinen werden Fördermöglichkeiten vorgestellt, Räume und Locations für Veranstaltungen der Vereine aufgezeigt und Beratungsmöglichkeiten angeboten. Außerdem können sich die Vereine über ein Speed-Dating kurz kennenlernen und Erfahrungen austauschen, um eventuelle Gemeinsamkeiten zu finden und ge-



Speed-Dating in Halle (Saale) von INSIST-Partner Vemo e.V.

Foto: Vemo e.V.

meinsame Veranstaltungen und Projekte zu planen. Welche Vorteile hat eine Zusammenarbeit? Welche Möglichkeiten gibt es? Diese Fragen werden im Rahmen eines Panels von Experten beantwortet und vertieft. Auch die digitalen Möglichkeiten in der Vereinsarbeit sind ein Thema, über das sich die Vereine im Rahmen des Forums informieren können. Die Teilnahme ist natürlich kos-

tenlos, für musikalische Unterhaltung und einen leckeren Imbiss wird gesorgt.

Aktuelle Informationen zu der Veranstaltung und das Programm gibt es im Internet unter www.do-insist.de Anmeldung unter <https://eveeno.com/insist>

Kontakt:
Mail: info@do-insist.de
Tel.: 0231/28676790



Unter dem Dach des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Dortmund haben sich rund 200 gemeinnützige Vereine, Organisationen und Initiativen zusammengeschlossen. Sie bieten Unterstützungsleistungen in allen Lebensbereichen an:

- Beratung bei Ehe- und Lebenskrisen
- Unterstützung bei der Betreuung von Kindern
- Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene
- Unterstützung bei psychischen Erkrankungen
- Hilfen für Menschen mit Behinderungen
- Hilfen in Notlagen und bei besonderen sozialen Schwierigkeiten
- Selbsthilfeunterstützung

Kontakt über

Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW
Kreisgruppe Dortmund
Ostenhellweg 42-48/Eingang Moritzgasse
44135 Dortmund
Telefon: (02 31) 189989-0, Fax: -30
dortmund@paritaet-nrw.org
www.dortmund.paritaet-nrw.org

Zum Paritätischen Dortmund gehören:

- 66 Angebote der Kinderbetreuung und Kinderbildung in Tagesstätten, im Offenen Ganztags und in der Tagespflege
- 64 Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements in allen Sozial- und Jugendbereichen
- 28 Dienste und Einrichtungen der Altenhilfe und Altenpflege
- 22 Organisationen der Behindertenhilfe
- 21 Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendhilfe
- 20 Organisationen im Bereich der Migration und interkulturellen Arbeit
- 19 Anbieter von Gesundheits- und Suchtkrankenhilfen
- 17 Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiativen sowie Bildungsstätten
- 13 spezifische Beratungsstellen und -angebote für Kinder und Familien, Frauen und Homosexuelle
- 9 Hilfseinrichtungen für Menschen in Not sowie Schuldner- und Sozialberatung
- 4 Angebote des Quartiersmanagements und der Gemeinwesenarbeit
- 1 Hilfs- und Rettungsdienst
- 1 Selbsthilfe-Kontaktstelle zur Unterstützung von über 400 Selbsthilfegruppen

Wichtige Adressen und AnsprechpartnerInnen

MIA-DO-KOMMUNALES INTEGRATIONSZENTRUM DORTMUND

MIA-DO-Kommunales Integrationszentrum Dortmund arbeitet an der Umsetzung des „Masterplan Integration“.
Betenstr. 19, 44122 Dortmund
Tel: 0231-5026449, Fax: 0231-5010027
E-Mail: miadoki@dortmund.de
Internet: miadoki.dortmund.de

BÜRGERDIENSTE

Tel.: (0231) 50-13331 oder 50-13332, buergerdienste@stadtdo.de

EINBÜRGERUNG

Info-Service-Nr.: **0231-5026999**.
Online-Terminvereinbarung unter www.einbuengerung.dortmund.de
E-Mail: einbuengerung@stadtdo.de
Die Einbürgerungsstelle:
Stadthaus Olpe 1, 44135 Dortmund.
Öffnungszeiten: Mo, Di, Do und Fr.
07:30 - 12:00 Uhr

INTEGRATIONS-SPRACHKURSTRÄGER

Auslandsgesellschaft Deutschland e.V.
Steinstraße 48, 44147 Dortmund
Tel.: 0231-838000
info@auslandsgesellschaft.de
www.auslandsgesellschaft-deutschland.de

Planerladen e.V., Sprachförderung
Rückertstraße 28, 44147 Dortmund
Tel.: 0231-828362
sprachfoerderung@planerladen.de
www.planerladen.de

pdI – Projekt Deutsch lernen
Interkulturelles Zentrum am Burgtor
Münsterstraße 9-11, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-839822
www.vfz.de, E-Mail: office@vfz.de

Berlitz Deutschland GmbH
Hohe Straße 1, 44139 Dortmund
Tel.: 0231-1385060
Fax: 0231-13850669
dortmund@berlitz.de
www.berlitz.de

CJD-Sprachschule
Haus am Park, Evinger Parkweg 11
44339 Dortmund
Tel.: 0231-985023-9998
barbara.fertsch@cjd-dortmund.de
www.cjd-dortmund.de

IB Geschäftsstelle Dortmund
Schwanenstraße 30, 44135 Dortmund
Tel.: 0231-58449860
sbs-dortmund@internationaler-bund.de
www.internationaler-bund.de

Kath. Bildungswerk der Dortmunder Dekanate e.V.
Propsteihof 10, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-1848249
gahle@kbs-dortmund.de
www.kbs-dortmund.de

TÜV-Nord Bildungszentrum Dortmund
Bärenbruch 128, 44379 Dortmund
Bildungsberater für Unternehmen und Privatkunden
Daniel Paar: Tel.: 0231-96700035, H.: 0171-7646102
Ronald Kaczynski: Tel.: 0231-96700031
E-Mail: r.kaczynski@tuv-nord.de

VHS Dortmund
Hansastraße 2-4, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-50-24705
jdieckerhoff@stadtdo.de
www.vhs.dortmund.de
VHS Dortmund – persönliche Beratung
Infos unter www.vhs.dortmund.de und im gedruckten Programmheft.
Allgemeine Auskünfte: 0231-50-24727

Westfalia Bildungszentrum e.V.
Bissenkamp 12-16, 44135 Dortmund
Bürozeiten:
montags - freitags 09:00-18:00
Telefon: 0231-33015438
info@wbzev.de

Bildungswerk Stadtteil-Schule Dortmund e.V.
Bornstr. 83, 44145 Dortmund
Tel: 0231/58693871
kkeinemann@stadtteil-schule.de
www.stadtteil-schule.de

INTEGRATIONSAGENTUREN

Planerladen e.V. Integrationsagentur Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit im Handlungsfeld Wohnen
Schützenstraße 42, 44147 Dortmund
Tel. 0231-8820700
integration@planerladen.de
www.planerladen.de
www.integrationsprojekt.net

AWO UB Dortmund
Klosterstr. 8-10, 44135 Dortmund
Tel.: 0231-9934-210
r.erdmann@awo-dortmund.de
www.awo-dortmund.de

Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Dortmund e.V.
Beurhausstr. 71, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-1810218
karin.langrzyk@drk-dortmund.de
www.drk-dortmund.de

Jüdische Kultusgemeinde Groß-Dortmund
Prinz-Friedr.-Karl-Str. 9,
44135 Dortmund
Tel.: 0231-55747213
dick@jkgd.de, www.jg-dortmund.de

Caritasverband Dortmund e. V.
Bernhard-März-Haus
Osterlandwehr 12-14,
44145 Dortmund
Tel.: 0231-86108020
bmaerz@caritas-dortmund.de
www.caritas-dortmund.de

Stadtteil-Schule Dortmund e.V.
Berenice Becerril Ortiz
Oesterholzstr. 120, 44145 Dortmund
Tel: 0231/2866255
bbecerril@stadtteil-schule.de
www.stadtteil-schule.de

MIGRATIONS-BERATUNGSSTELLEN

Arbeiterwohlfahrt Unterbezirk Dortmund
Klosterstraße 8-10, 44135 Dortmund
Tel.: 0231-9934-0
info@awo-dortmund.de
www.awo-dortmund.de

Caritasverband Dortmund e.V.
Bernhard-März-Haus
Osterlandwehr 12-14, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-861080-0
bmaerz@caritas-dortmund.de
www.caritas-dortmund.de

Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Dortmund e.V.
Beurhausstraße 71,
44137 Dortmund
Tel.: 0231-1810-0
migrationsberatung@drk-dortmund.de
www.drk-dortmund.de

Diakonisches Werk Dortmund
Rolandstraße 10, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-8494-600
sozialbuero@diakoniedortmund.de
www.diakoniedortmund.de

IN VIA Dortmund e.V. Jugendmigrationsdienst
Propsteihof 10, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-1848-142

u.kurz@invia-dortmund.de
www.invia-dortmund.de

Stadtteil-Schule Dortmund e.V.
Gabi Frohnert
gfrohnert@stadtteil-schule.de
Oesterholzstr. 120,
44145 Dortmund
Tel: 0231/28662580
www.stadtteil-schule.de

HILFE UND ANGBOTE FÜR FRAUEN

Dortmunder Mitternachtsmission Beratungsstelle für Prostituierte und Opfer von Menschenhandel
Dudenstraße 2-4,
44137 Dortmund
Tel.: 0231-144491
mitternachtsmission@gmx.de
www.mitternachtsmission.de
Frauenberatungsstelle Frauen helfen Frauen e.V.
Märkische Straße 212-218,
44141 Dortmund
Tel.: 0231-521008
frauen@frauenberatungsstelle-dortmund.de
www.frauenberatungsstelle-dortmund.de

Frauenübernachtungsstelle Diakonisches Werk
Prinz-Friedrich-Karl-Straße 5
44135 Dortmund
Tel.: 0231-584496-0
fues@diakoniedortmund.de
www.diakoniedortmund.de

Frauzentrum Huckarde
Arthur-Beringer-Straße 42
44369 Dortmund
Tel.: 0231-391122
info@frauenzentrum-huckarde.de
www.frauzentrum-huckarde.de

Mehrgenerationenhaus Mütterzentrum Dortmund e.V.
Hospitalstraße 6,
44149 Dortmund
Tel.: 0231-141 662
buero@muetterzentrum-dortmund.de
www.muetterzentrum-dortmund.de
Öffnungszeiten des offenen Treffs und des Cafés: Mo bis Fr 9:00 bis 18:00
LEBEDO, Beratungsstelle für lesbische und bisexuelle Frauen und deren Freunde und Angehörige
Goethestr. 66, 44147 Dortmund
(Untergeschoss Edward-Clement-Haus),
Tel.: 0231-98221440, info@lebedo.de
oder brokemper@lebedo.de,
www.lebedo.de

ERZIEHUNGSHILFE

AMBE - Ambulante Erziehungshilfe (mehrsprachige Hilfe u. Betreuung)
Öffnungszeiten und telefonische Sprechzeiten: Montag – Freitag 8-16 Uhr Rheinische Str. 169, 44147 Dortmund
Telefon: 0231 286783-50 oder -51
Fax: 0231 286783-49

BERATUNGSTELLEN

Arbeitslosenzentrum
Leopoldstr. 16-20,
44147 Dortmund
Telefon: 0231-812124
info@alz-dortmund.de
www.alz-dortmund.de
Bürozeiten: Mo., Mi., Do.: 08:30-16:00; Di.: 08:30-12:00, Fr.: 08:30-12:30 Uhr

Soziales Zentrum Dortmund e.V.
Westhoffstr. 8-12,
44145 Dortmund
Beratungsstelle Westhoffstraße:
Tel: 0231-840340.
Fax: 0231-840341
Mail: info@westhoffstrasse.de
www.westhoffstrasse.de
Soziales Zentrum:

Tel: 0231-840310
Seniorenwohnungen:
Tel: 0231-840338 (10-12Uhr)

TRAIN OF HOPE DORTMUND E.V. Antidiskriminierungsstelle Dortmund
Münsterstr. 54,
44145 Dortmund
Tel : 0231/97062647

FEEDBACK
Fachstelle für Jugendberatung & Suchtvorbeugung Dortmund
Kuckelke 20,
44135 Dortmund
Tel.: 0231-70099290
info@feedback-dortmund.de
www.feedback-dortmund.de

Selbsthilfe-Kontaktstelle Dortmund
Ostenhellweg 42-48,
44135 Dortmund
Tel.: 0231-529097.
Fax: 0231-52090.
selbsthilfe-dortmund@paritaet-nrw.org
www.selbsthilfe-dortmund.de
Sprechzeiten: Mo + Mi 9:00-13:00 und 14:00-16:30 Uhr; Do 14:00-16:30 Uhr; Fr 9:00-13:00 Uhr und Telefonische Abendsprechzeit:
1. Donnerstag im Monat 16.30-19.00

Evangelische Beratungsstelle für Erziehungs-, Ehe.-u. Lebensfragen
Klosterstraße 16,
44135 Dortmund
Telefon 0231-8494480
Erziehungsberatungsstelle des Sozialdienstes katholischer Frauen
Joachimstr. 2, 44145 Dortmund
Telefon 0231-86108515

Beratungsstelle Scharnhorst
Hesseweg 24,
44328 Dortmund
Telefon 0231-239083

Beratungsstelle für Personen deren Versicherungsstatus unklar ist Clearingstelle Gesundheit Dortmund
Ludwigstr. 14, 1. Etage,
44135 Dortmund
Tel.: 0231-28676022
Beratungssprachen: Deutsch, Rumänisch, Serbisch, Katalanisch, Spanisch, Bulgarisch, Türkisch, Englisch, Mazedonisch, Italienisch

GLEICHSTELLUNGSBE-AUFTRAGEN

JobCenter Dortmund
Gabi Herweg-Zaide, Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt
Südwall 5-9,
44137 Dortmund
Tel.: 0231-842-1572
jobcenter-dortmund.bca@obcenterge.de
www.jobcenterdortmund.de

Agentur für Arbeit Dortmund
Sladjana Mitrovic, Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt und Migrationsbeauftragte
Steinstr. 39,
44147 Dortmund
Tel.: 0231-842-1272
dortmund.bca@arbeitsagentur.de
www.arbeitsagentur.de/dortmund

QUARTIERSMANAGEMENTSBÜROS

Geschäftsstelle Quartiersmanagement Nordstadt
Mallinckrodtstr. 56, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-2227373
Martin Gansau, Projektleitung
info@nordstadt-qm.de
www.nordstadt-qm.de

Quartiersbüro Hafen
Schillerstraße 37, 44147 Dortmund
Didi Stahlschmidt.
Sprechzeiten:
Di 14-18 Uhr und Mi 9-12 Uhr.
hafen@nordstadt-qm.de

BERATUNGSSTELLEN FÜR SENIOR(INN)EN

Seniorenbüro Innenstadt West
Lange Str. 42, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-39572-14

Seniorenbüro Innenstadt Ost
Märkische Str. 21,
44141 Dortmund
Tel.: 0231-50-29690

Seniorenbüro Innenstadt Nord
Bornstr. 83,
44145 Dortmund
Tel.: 0231-4775240

Seniorenbüro Dortmund-Aplerbeck
Aplerbecker Marktplatz 21,
44287 Dortmund.
Tel.: 0231-50-29390

Seniorenbüro Dortmund-Brackel
Brackeler Hellweg 170,
44309 Dortmund
Tel.: 0231-50-29640

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG DORTMUND

NORDSTADT-BÜRO
Mallinckrodtstraße 2,
4145 Dortmund
Tel. 0231-286739-0
hubert.nagusch@stadtdo.de

GESUNDHEITSBERATUNG

Sozialpsychiatrischer Dienst - Beratungsstelle Mitte
Eisenmarkt 3,
4137 Dortmund
Tel.: 0231-5022534
E-Mail: 53psych-mitte@stadtdo.de

Sozialpsychiatrischer Dienst - Beratungsstelle Nord
Bornstr. 239, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-5025391
E-Mail: 53psych-nord@stadtdo.de

Sozialpsychiatrischer Dienst - Methadonambulanz
Tel.: 0231 5025392, Fax: 0231 50-26638
E-Mail: 53methad-amb@stadtdo.de
Susanne Dillenhöfer, Ärztliche Leiterin

Beratungsstelle zu sexuell übertragbaren Krankheiten, AIDS und Tuberkulose
Hövelstraße 8,
44137 Dortmund
Tel.: 0231-5023601. Fax: 0231-5023592
E-Mail: aidsberatung@stadtdo.de
Internet: dasaidsteam.dortmund.de
(keine Anmeldung erforderlich)

DROBS Drogenberatungsstelle
Schwanenwall 42,
44135 Dortmund
Tel.: 0231-4773760
E-Mail: info@drops-dortmund.de
www.drops-dortmund.de

FLÜCHTLINGSARBEIT (VMDO E.V.)

Flüchtlingsberatung VMDO e.V.
Beuthstr. 21, 44147 Dortmund
Tel: 0231-28678242.
Fax: 0231-28678166
Sprechzeiten: Mo., Di., Do., Fr.: 10-12 Uhr

BeVi - Beratung der Vielfalt (VMDO e.V.)

Beratungen zur Beruflichen Entwicklung
Beuthstraße 21,
44147 Dortmund
Gisela Reppel (g.reppel@vmdo.de)
Antje Krah (a.krah@vmdo.de)
Telefonische Terminvereinbarung
Tel.: 0231-28678744,
Fax: 0231-28678166
www.vmdo.de/bevi/

KiVi - Kinder der Vielfalt (VMDO e.V.)

Offener Kinder- und Jugendtreff für Kinder im Alter zwischen 6-14 Jahren
Beuthstraße 21, 44147 Dortmund

Öffnungszeiten: Mo.-Fr.: 15:00-20:00,

Sa.: 14:00-20:00, So.: 14:00-18:00 Uhr
Tel.: 0231-28678163,
www.vmdo.de, f.toker@vmdo.de
Samo.fa

Beratung und Begleitung von MO Netzwerk und Öffentlichkeitsarbeit
Leuthardstr. 1-7, 44135 Dortmund
Armel Djine (a.djine@vmdo.de)
Johanna Jost (j.jost@vmdo.de)
Tel 0231 28676790, Fax 0231 28676792
Telefonische Terminvereinbarung

Bildungswerk Vielfalt

Bereichsleitung Bildung Sprach-, Bildungs-, Sport und Kreativkurse
Beuthstr. 21, 44147 Dortmund
Leitung: Kati Stüdemann
Tel 0231 28678165, Fax 0231 28678166
Email: bildungswerk-vielfalt@vmdo.de
Erreichbar Mo – Do 9.00 – 14.00 Uhr

Die Fachberatungsstelle für Migrant*innenorganisationen

Leyla Boran: l.boran@vmdo.de
Armel Djine: a.djine@vmdo.de
Tel: 0231 286 767 92
Mobil: 0176 128 678 72
Leuthardstr. 5-7,
44135 Dortmund

Eltern- Kind Gruppen für Geflüchtete

Kinderbetreuung, Beratung für Eltern, Netzwerkarbeit mit Bildungsinstitutionen
Felix Toker,
Montag – Freitag, 8.00 – 14.00 Uhr
Beuthstr. 21,
44147 Dortmund

"LOKAL WILLKOMMEN"

Das Dortmunder Integrationsnetzwerk

Beratung - Hilfe - Information für Zugewanderte, Nachbarinnen und Nachbarn sowie Freiwillige

"Entenpöth 34" - Zentrale Verwaltungsstandort
Entenpöth 34
44263 Dortmund

Innenstadt-Nord

Brunnenstraße 25
44145 Dortmund
E-Mail: lokalwillkommen.in@stadtdo.de
0231 50-11185, 0231 50-11182,
0231 50-11186, 0231 50-11184
0231 50-11187

Innenstadt-West und -Ost

Elisabethstraße 5
44139 Dortmund
E-Mail: lokalwillkommen.iwo@stadtdo.de
0231 50-11197, 0231 50-11198

Lütgendortmund

Lütgendortmunder Straße 128
44388 Dortmund
E-Mail: lokalwillkommen.l@stadtdo.de
0231 50-11167, 0231 50-11168
0231 50-11169

Hörde und Hombruch

Schildplatz 7, 44263 Dortmund
E-Mail: lokalwillkommen.hh@stadtdo.de
0231 50-11138, 0231 50-11139

Brackel und Aplerbeck

Brackeler Hellweg 146
44309 Dortmund
E-Mail: lokalwillkommen.ba@stadtdo.de
0231 50-28706, 0231 50-28705

Mengede und Huckarde

Westerfelder Straße 54
44357 Dortmund
E-Mail: lokalwillkommen.mh@stadtdo.de
0231 50-11148, 0231 50-11149

KiZooDo etabliert Zoo-Bus – Erweiterung der Zoostrolche-Veranstaltungen durch großzügige Spende ermöglicht



Klasse der Emschertal Grundschule

Der Förderverein Kinder und Zoo Dortmund e.V. verbessert kontinuierlich die beliebte Zoostrolche-Veranstaltungsreihe. Die kostenlose Kindergruppe besteht seit bereits vier Jahren und nimmt natürlich nicht nur Kinder von Vereinsmitgliedern auf. Die Veranstaltungsreihe 2022 ist bereits ausgebucht und startete am vergangenen Samstag (9.4.) mit den Kindern der Emschertal

Grundschule in die neue Saison. Ab diesem Jahr wird es jährlich an 24 Samstagen zwischen April und Oktober Veranstaltungen geben, bei denen jeweils bis zu 20 Kinder und 2 Begleitpersonen einen schönen Tag im Zoo verbringen. Der vierstündige Aufenthalt im Zoo wird durch die ehrenamtlichen Mitglieder und Helfer des Vereins abwechslungsreich gestaltet. Auch die Zoolotsen des Zoo

Dortmund sind bei einer Vielzahl der Veranstaltungen eingebunden. Als Andenken erhält jedes teilnehmende Kind eine Kappe des Vereins. Dank einer großzügigen Dauerspense kann die Zoostrolche-Veranstaltungsreihe um einen sog. Zoo-Bus erweitert werden. Das Busunternehmen CCC Tours holt dabei die Kinder und Begleitpersonen an den Veranstaltungstagen

Foto: KiZooDo

aus den einzelnen Stadtbezirken ab und bringt sie nach Veranstaltungsende wieder dorthin zurück. Die Kosten für den Zoo-Bus können dabei vollständig aus der zweckgebundenen Dauerspense bestritten werden. Der Verein möchte sich auch auf diesem Wege nochmals herzlich für das Engagement und das Vertrauen der Spender bedanken!

KiZooDo

Dortmund feiert einen Tag der Nachbarschaft

Eine Stadt, ein Tag, viele Gesichter, unzählige Geschichten: Gemeinschaft und Zusammenhalt sind in Zeiten wie diesen wichtiger denn je. Mit einem neuen Stadtfest setzt Dortmund als Großstadt der Nachbarn ein Zeichen für einen solidarischen und friedlichen Zusammenhalt vor unserer aller Tür. Initiiert wird der Tag der Nachbarschaft von Oberbürgermeister Thomas Westphal.

Am 27. Mai 2022 feiert ganz Dortmund den Tag der Nachbarschaft, ein großes Nachbarschaftsfest, das den Zusammenhalt in unserer Stadt in den Fokus rückt. Alle Bürger*innen der Stadt – aber auch alle Initiativen, Vereine, Unternehmen und Organisationen aus Dortmund – sind herzlich dazu eingeladen und aufgerufen, sich mit eigenen Aktionen und Projekten am Tag der Nachbarschaft zu beteiligen. Gemeinsam ein Zeichen setzen Ganz unabhängig von Alter, Herkunft, sozialer Schicht oder religiöser Sinne einer lebendigen und solidarischen Nachbarschaft.

„Dortmund ist unser Zuhause. Ein Zuhause, in dem wir uns kennen, vertrauen, helfen und unterstützen. Hier leben wir nicht nur nebeneinander, sondern gemeinsam, Seite an Seite. Als Nachbarn. Wie wertvoll das lebendige und soziale Miteinander ist, haben uns sowohl die Pandemie als auch der Ukraine-Krieg erneut deutlich vor Augen geführt. Doch auch abseits von Krisen ist der soziale Zusammenhalt ein Eckpfeiler unserer Stadt. Ganz Dortmund ist deshalb herzlich dazu eingeladen, am 27. Mai den Tag der Nachbarschaft gemeinsam zu feiern“, so Oberbürgermeister Thomas Westphal. Ein Stadtfest von Dortmundern für Dortmunders Gemeinsames Grillen, ein Spielenachmittag im Hof, ein Straßen-, Siedler- oder Gemeindefest oder ein Tag der offenen Tür in der KiTa, im Jugendfreizeithaus, im Verein oder im Seniorenheim nebenan – die Häuser, Straßen und Plätze werden an diesem Tag zu Orten der Begegnung und des gemeinsamen Erlebens.

Am Tag der Nachbarschaft sind



ALLE dazu eingeladen, sich zu beteiligen: Jede*r einzelne Bürger*in, Hausgemeinschaften, Vereine, Unternehmen, Organisationen, Initiativen, Religionsgemeinschaften und Verbände. Jede noch so kleine Idee oder Aktion ist willkommen und kann ohne großen Aufwand bei der Stadt Dortmund angemeldet werden. Nach Sichtung aller angemeldeten Aktionen werden diese online auf einer interaktiven Stadtkarte auf

der Webseite der Stadt Dortmund präsentiert. So kann jede*r sehen, welche Angebote es in der eigenen Nachbarschaft und in der gesamten Stadt zu erleben gibt. Anmeldeschluss ist der 15. Mai 2022. Ideen und Tipps sowie alle Informationen zur Anmeldung von Aktionen und deren Förderung finden Sie unter www.dortmund.de/tagder-nachbarschaft.

Stadt Dortmund

Besuch im Bochumer Planetarium



Foto: die palästinensische Gemeinde zu Dortmund e.V.

Die palästinensische Gemeinde zu Dortmund e.V. hat am Sonntag den 20.03.2022 eine erlebnispädagogische Aktivität organisiert. Diese außerschulische Aktivität wurde von der Institution „House of Resources Dortmund“ gefördert. Die Zielgruppe waren Kinder und Jugendliche aus Familien mit Flucht- und Migrationshintergrund. In einem Unterricht und einem Workshop im Haus der Vielfalt haben die Kinder und Jugendlichen Grundlagen des Sonnensystems kennengelernt, bevor sie nach Bochum zum Zeiss Planetarium gefahren sind. Dort haben sie das Erlernte unter der Kuppel des Planetariums erlebt.

FACHSTELLE FRÜHE HILFEN

Pilar Wulff
Koordination: Frühe Hilfen
pwulff@stadtdo.de. Tel: 0231-50-24974
Ostwall 64, 44135 Dortmund

Sabine Janowski
sjanowski@stadtdo.de
Mob.: 0173-5290096.
Märkische Straße 24-26,
44141 Dortmund

GESUNDHEITSFACHKÄFTE

Gesundheitsamt:
E-Mail: g53ab@stadtdo.de,
Telefonnummer: 0231 50-10727

Zuhal Dagdas, Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerin,
zdagdas@stadtdo.de

Melanie Korus, Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerin,
mkorus@stadtdo.de

Ismigyl Myrysel, Familienhebamme,
myrysel@stadtdo.de

Fariba Jooyaei, Familienhebamme,
fjooyaei@stadtdo.de

Angela Schröder, Familienhebamme,
angelaschroeder@stadtdo.de

Brigit Oechsli, Familienhebamme,
boechsli@stadtdo.de

PRÄVENTIONSFACHSTELLE

Netzwerk INFamilie, Familienbil-

dung, Suchtprävention
Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund
Tel: 0231 50-29890
E-Mail: familie@dortmund.de
Internet: familie.dortmund.de

FAMILIENBÜROS

www.familie.dortmund.de
Unter dieser Adresse erreichen Sie das Familienportal und finden Informationen zu familienorientierten Angeboten und Leistungen wie Ausflugszielen, familienfreundlicher Gastronomie sowie das Familieninformationssystem. Die Familienbüros finden Sie in den Stadtbezirken:

Aplerbeck: Köln-Berliner-Str. 1, 44287 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 93 09

Brackel: Brackeler Hellweg 170, 44309 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 48 89

Eving: August-Wagner-Platz 2-4 44339 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 79 23

Hörde: Hörder Bahnhofstr. 16, 44263 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 98 67

Hombbruch: Harkortstr. 58, 44225 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 83 27

Huckarde: Urbanusstr. 5, 44369 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 84 35

Lütgendortmund: Wernerstr. 10, 44388 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 89 40

Mengede: Bürenstr. 1, 44359 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 80 40

Scharnhorst: Gleiwitzstr. 277, 44328 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 88 26

Innenstadt-Ost: Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 95 69

Innenstadt-West: Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 35 17

Innenstadt-Nord: Leopoldstr. 16-20, 44145 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 42 82

Öffnungszeiten der Familienbüros: montags und donnerstags 8.30-10.30 Uhr und nach Vereinbarung

Dortmund - Netzwerk INFamilie
Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund
Tel.: 0231 50-29896
E-Mail: infamilie@dortmund.de
Internet: infamilie.dortmund.de

BERATUNGSSTELLEN DES PSYCHOLOGISCHEN BERATUNGSDIENSTES DES JUGENDAMTES

Beratungsstelle Aplerbeck
Wittbräucker Straße 1, 44287 Dortmund
Telefon (0231) 456013

Beratungsstelle Brackel
Asselner Hellweg 103, 4319 Dortmund
Telefon (0231) 27554/5

Beratungsstelle Eving
Evinger Platz 2-4, 44339 Dortmund
Telefon (0231) 50-25470

Beratungsstelle Hörde
Alfred-Trappen-Straße 39, 44263 Dortmund
Telefon (0231) 423017/ 18

Beratungsstelle Hombbruch
Harkortstraße 36, 44225 Dortmund
Telefon (0231) 717051

Beratungsstelle Innenstadt
Töllnerstraße 4, 44135 Dortmund
Telefon (0231) 50-23115

Beratungsstelle Lütgendortmund
Werner Straße 10, 44388 Dortmund
Telefon (0231) 67811

Beratungsstelle Mengede
Bodelschwingher Straße 131, 44357 Dortmund
Telefon 0231-372088 / 37625

Beratung für Kinder und Jugendliche
Psychosoziales Zentrum für geflüchtete Kinder und Jugendliche
Allgemeiner Projektkontakt:
c/o PSZ Dortmund
Lange Str. 44, 44137 Dortmund
Ansprechpartner:
AWO Unterbezirk Dortmund:
Rodica Anuti-Risse, Tel.: 0231-88088114, r.anuti-risse@awo-dortmund.de
GrünBau gGmbH:
Ute Lohde, Tel.: 0231-8409635, ulohde@gruenbau-dortmund.de
Kinderschutzbund Dortmund e.V.:
Martina Furlan, Tel.: 0231-84797814, m.furlan@dksb-do.de

Kinderschutz - Zentrum Dortmund:
Martina Niemann, Tel.: 0231-2064580, niemann@kinderschutzzentrum-dortmund.de

Kinderschutz-Zentrum Dortmund
Gutenbergstrasse 24, 44139 Dortmund.
Tel.: 0231-206458-0

Deutscher Kinderschutzbund Dortmund
Lambachstr. 4, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-8479780, Fax: 0231-84797822

Schwangerenberatungsstellen

AWO Beratungsstelle
Klosterstraße 8-10, 44135 Dortmund
Telefon: 0231-9934-222
beratungsstelle@awo-dortmund.de
Onlineberatung:
www.das-beratungsnetz.de

DONUM VITAE
Friedhof 4, 44135 Dortmund
Telefon : 0231-176387-4
E.mail: dortmund@donumvitae.org

Katholische Schwangerschaftsberatungsstelle
Sozialdienst katholischer Frauen e.V.
Propsteihof 10, 44137 Dortmund
Telefon: 0231-1848-220
schwangerschaftsberatung@kath-centrum.de

Beratungsstelle Westhoffstraße
Soziales Zentrum Dortmund e.V.
Westhoffstraße 8-12, 44145 Dortmund
Telefon: 0231-840340
E.mail: info@westhoffstrasse.de

Stabstelle Kinderschutz:
Doris Punge
Koordination Kinderschutz
dpunge@stadtdo.de
Tel.: 0231 5026931

Pilar Wulff
Koordination Frühe Hilfen
pwulff@stadtdo.de, Tel.: 0231 50 24974

Kirsten Grabowsky
Koordination:
Kinder als Anhörige alkoholkranker Eltern
kgrabowsky@stadtdo.de.
Tel: 0231-5023397

Stadt Dortmund - Gesundheitsamt
Hoher Wall 9-11, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-50-23606.
Fax: 0231-50-23526
gesundheitsamt@dortmund.de
gesundheitsamt.dortmund.de

Abteilungen und Ansprechpartner

Umwelt- und Infektionshygiene und Gesundheitsaufsicht Dortmund
Tel.: 0231 50-23575, 0231 50-23536
Fax: 0231 50-23592
E-Mail: 53ges-aufsicht@stadtdo.de

Mottobeet am Südwall jetzt doppelt so groß und mit der Botschaft „Stop war“

Das Grünflächenamt hat das Mottobeet am Südwall, am Rande des Stadtgartens frisch bepflanzt. Es erstrahlt seit heute in der einen Hälfte in den Farben gelb und blau, den Farben der ukrainischen Landesflagge. Die andere Hälfte kombiniert die Farben der Stadt Dortmund rot und weiß. Die Botschaft, die zu lesen ist, lautet: „Stop war“.

Diesen dringenden Appell, den Krieg gegen die Ukraine zu stoppen, hatte Oberbürgermeister Thomas Westphal erstmals am 24. Februar in seiner Rede auf dem Friedensplatz an Russland gerichtet, als mehr als 4.000 Menschen ihre Solidarität mit der Ukraine gezeigt hatten. Der Appell richtete sich ebenfalls an die westliche Welt, jetzt zusammenzustehen alles dafür zu tun, dass dieser Krieg aufhört.

Das beliebte Mottobeet ist bei



Das Mottobeet am Südwall

Foto: Roland Gorecki

dieser Gelegenheit mit der Neupflanzung erweitert worden und ist jetzt doppelt so groß.

Für die neue Botschaft hat das Grünflächenamt Stiefmütterchen, also ganz klassische Frühjahrs-pflanzen, ausgewählt. Eingesetzt wurden 800 gelbe Stiefmütter-

chen, 800 blaue, 400 rote und 400 weiße Stiefmütterchen. An den Pflanzungen waren drei Auszubildende aus unterschiedlichen Lehrjahren, ein Praxisanleiter sowie eine Kolonne (bestehend aus drei Personen) aus dem Unterhaltungsbezirk beteiligt.

ECHO

Neue Anlaufstelle MigraDO will Zugewanderten erste Schritte in Dortmund erleichtern

„MigraDO“ heißt die neue Anlaufstelle für Zugezogene in Dortmund: Das Dienstleistungszentrum Migration & Integration der Stadt Dortmund bietet seit seiner Eröffnung am vergangenen Freitag kostenlose Beratung rund um Familie, Gesundheit, Sprachförderung, Unterstützungsleistungen und Arbeit – für alle, die neu in Dortmund sind. Zu finden ist es am Friedensplatz 7 und damit direkt neben der Ausländerbehörde.

Mit dem MigraDO hat die Stadt eine Lücke geschlossen, die bereits 2019 und 2020 gegenüber dem Rat im „Sachstandsbericht Zuwanderung aus Südosteuropa“ formuliert wurde. Demnach erschwerten behördeninterne Kommunikations- und Schnittstellenprobleme häufig die Integration der zugewanderten Menschen. Eine verwaltungsinterne Projektgruppe untersuchte daraufhin die Prozesse und entwickelte das Dienstleistungszentrum Migration & Integration, das speziell die Ankunft der Menschen in Dortmund in den Blick nimmt.

Ausgangspunkt ist die vorhandene Vielzahl an Unterstützungsangeboten und Dienstleistungen für zugewanderte Menschen. Für neu Zugezogene ist es mitunter jedoch schwierig, sich einen Überblick zu verschaffen und zurechtzufinden. MigraDO leistet hier als erste und zentral gelegene Anlaufstelle wertvolle Hilfe.

Das MigraDO wird von der Europäischen Union gefördert. Verschiede-



Sozialdezernentin Birgit Zörner (Mitte) bei der Eröffnung

Foto: Roland Gorecki

ne Träger*innen, Ämter der Stadt sowie das Jobcenter arbeiten Hand in Hand zusammen. Ein Beispiel ist die individuelle und trägerunabhängige Beratung zu Integrations- und Deutschkursen – eine solche Beratung gab es bislang in dieser Form nicht.

Als Lotse leitet das MigraDO an bestehende Anlaufstellen wie „lokal willkommen“, Willkommen Europa, das Dienstleistungszentrum Bildung oder die Migrationsberatungsstellen weiter. Das gemeinsame Ziel aller Partner: Migrant*innen gut willkommen heißen.

Als vor einigen Jahren viele Menschen als Flüchtlinge nach Dortmund kamen, hätten viele zunächst Orientierungsschwierigkeiten und viele Fragen gehabt, sagt Sozialdezernentin Birgit Zörner: Wo muss ich mich anmelden? Wo kann ich zum Sprachkurs? Wo kann mein Kind in die Kita? „Unser Ziel mit

MigraDO ist es, Reibungsverluste zu vermeiden – vor allem für die Zielgruppe der Zugewanderten, aber auch für die Ämter und für die begleitenden Ehrenamtlichen. Wir wollen von Anfang an die Weichen für die notwendige Integration stellen.“ Bei Bedarf wird auch auf Angebote einer langfristigen und nachhaltigen Begleitung verwiesen.

Auch für deutsche Staatsbürger*innen offen

Im MigraDO soll der erste Kontakt mit der Stadt Dortmund entstehen. Die Nationalität der Zuziehenden spielt dabei keine Rolle – das Angebot richtet sich auch an deutsche Staatsbürger*innen. Die Beratung wird mehrsprachig angeboten: Für viele Sprachen stehen Dolmetscher*innen zur Verfügung, die derzeit per Video im Einsatz sind.

ECHO

VMDO
Bildungswerk Vielfalt

Liebe ECHO-Leser*innen,

das Bildungswerk Vielfalt des VMDO e. V. bietet ein vielseitiges und umfangreiches Weiterbildungsprogramm. Um immer informiert zu sein, folgt uns auf Instagram, unser Account: bildungswerkvielfalt. In dieser aktuellen Echo findet Ihr eine kleine Auswahl unseres Angebots, alle weiteren Informationen gibt es im digitalen Raum unter bildungswerk-vielfalt.com.

Erste Erfahrungen mit der digitalen Welt

Dieser Kurs wendet sich an **Frauen** mit Zuwanderungshintergrund.



Wochentag: Dienstag & Donnerstag

Zeitraum: 08.03.2022 bis 23.06.2022

Uhrzeit: 10:00–14:15

Dozent*in: Amal Makhoul

Ort: Haus der Vielfalt, 44147 Dortmund Raum B3

Kosten: gebührenfrei

VMDO

Formulare im Internet: Richtig verstehen, ausfüllen, speichern, verschicken und ablegen

Dieser Kurs wendet sich an Menschen mit Zuwanderungshintergrund **ohne** PC-Erfahrung.



Wochentag: Montag, Freitag und Samstag

Zeitraum: 07.03.2022 bis 25.06.2022

Uhrzeit: 16:30–19:45

Dozent*in: Franck J. Ciriack

Ort: Emil-Moog-Platz 7, 44137 Dortmund

Kosten: gebührenfrei

VMDO

Deutsch lernen und Sprache im digitalen Raum

Der Kurs wendet sich an migrantisch gelesene Frauen und Frauen mit Fluchthintergrund.



Wochentag: Dienstag & Donnerstag

Zeitraum: 15.03.2022 bis 23.06.2022

Uhrzeit: 10:00–14:15

Dozent*in: Funda Aksoy

Ort: Haus der Vielfalt, 44147 Dortmund Raum B6

Kosten: gebührenfrei

VMDO

Neues Projekt im VMDO

Empowerment mit Sprach- und Kulturmittler*innen als Multiplikator*innen für die Vermittlung und Wahrnehmung von sexuellen und reproduktiven Rechten

VMDO

Verbund der sozial-kulturellen Migrant*innenvereine in Dortmund e.V.

Geflüchteten Menschen fehlt es häufig an Informationen zu den Themen Gesundheit, Körper und Sexualität. Insbesondere Mädchen und Frauen sowie LSBTI*, die neu in Deutschland angekommen sind, in Sammelunterkünften oder in Privatwohnungen leben, aber nicht integriert und oft alleine mit der Bewältigung ihres Alltags sind, brauchen verstärkt Unterstützung bei dem Zugang zu diesen Informationen. Auch gibt es einen starken Wunsch nach einem Schutzraum, um über sexuelle und reproduktive Rechte, über Rollenbilder und Identitäten in Partner*innenschaften sprechen zu können.

Aus vergangenen Praxiserfahrungen heraus ergeben sich die Notwendigkeit und ein starker Bedarf nach einer sensiblen Aufklärung, Wissensaneignung und Auseinandersetzung u.a. zu folgenden Themen:

- eigene Sexualität, Körper, Gesundheit
- Bestärkung der eigenen Identität und der eigenen Vorstellung von Körper und Sexualität
- Verhütungsmittel, Schwangerschaft, Geburt
- Frauen- und Mädchenrechte,

Rechte von LSBTI*, Menschenrechte im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit - Kindliche Sexualität, Sexualität in der mittleren Kindheit und Jugendsexualität sowie die Vermittlung dessen an die Kinder und Jugendliche - vergeschlechtliche Rollenbilder - sowie Konflikte und mögliche sexuelle Gewalt in der Partner*innenschaft

Vor allem Sprach- und Kulturmittler*innen leisten hier eine wichtige Arbeit zum Verständnis, die über das reine Übersetzen hinausgeht. Weil sich geflüchtete Menschen häufig mit ihren Fragen und Problemen an Menschen aus ihren communities wenden, können sie eine wichtige Rolle beim Empowerment spielen und zudem eine Brücke zum örtlichen Unterstützungs- und Hilfesystem bilden. Sie können somit bei der Ermöglichung des Zugangs zu Informationen zu sexuellen und reproduktiven Rechten eine zentrale Rolle einnehmen. Hier möchte das Projekt ansetzen. Geflüchtete Frauen, LSBTI* und auch Männer, die bereits Erfahrungen als Sprach- und Kulturmittler*innen haben, werden zu Themen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte sensibilisiert und geschult. In anschließenden Praxiserfahrungen wenden sie ihre neu erworbenen Kompetenzen in Beratungssituationen an und sammeln weitere

Erfahrungen.

Diese erworbenen Kompetenzen und Erfahrungen können die Sprach- und Kulturmittler*innen schließlich innerhalb ihrer Communities weitergeben. Dazu werden sie in einem nächsten Schritt zu Multiplikator*innen fortgebildet. Sie werden darin bestärkt, andere geflüchtete Menschen zu unterstützen.

Auch die Multiplikator*innen erfahren damit ein Empowerment. Durch ihr Engagement setzen sie sich für andere und die Gesellschaft ein und erleben Selbstwirksamkeit. Zudem wird ihre fachliche Kompetenz gestärkt, so dass sich neue Chancen für ihre weiteren beruflichen Wege ergeben können.

Das Projekt richtet sich an:

- Frauen und/ oder LSBTI* und/ oder Männer mit Migrations- oder Fluchtbiographie als Kultur- und Sprachmittler*innen
- Geflüchtete Frauen, LSBTI* und/ oder Männer als ratsuchende Personen

KONTAKT:

Gülcan Boran
Projektleitung
0231/28676-790
g.boran@vmdo.de

Sevim Kosan
0231/28676-790
s.kosan@vmdo.de

Schutz für alle, die vor Krieg fliehen

Der Krieg in der Ukraine dauert nun schon weit über einen Monat an. Die Hoffnung darauf, dass er ein schnelles Ende findet, besteht weiter fort und wird doch kleiner mit jedem Tag, an dem Bomben auf Wohngebiete fallen, an dem Menschen durch Beschuss sterben, an dem furchtbare Bilder um die Welt gehen und uns auch hier bewegen.

Der Krieg scheint so nahe und er scheint noch näher durch die vielen Menschen, die vor den Angriffen auch zu uns fliehen, mit all dem Schrecklichen, das sie erlebt haben. Während die Hoffnung auf ein schnelles Kriegsende schwindet, macht die Reaktion der Politik auf die Herausforderungen, die die große Zahl von Menschen, die hier Schutz suchen, mit sich bringt, auf einer anderen Ebene Hoffnung: Vieles, was bis vor Kurzem in der Migrationspolitik undenkbar schien, geschieht nun. Die EU hat sich entschlossen, mit der Aktivierung



der „Massenzustroms-Richtlinie“ ein Instrument, das schon lange bereit liegt nun zu nutzen, um Menschen schnell und unkompliziert Schutz zu gewähren. Dies

bedeutet einen Zugang zu einer Aufenthaltserlaubnis nach §24 AufenthG, zu sozialen Leistungen, zu Schule und Deutschkursen, zum Arbeitsmarkt, ohne ein

langwieriges Asylverfahren mit all seinen Regeln, Wohnsitzauflagen und Einschränkungen zu durchlaufen. In der aktuellen Situation rückt in den Fokus, was die

Menschen, die hier ankommen, tatsächlich brauchen und Politik vermittelt das Gefühl, schnell Regelungen finden zu wollen, die die praktischen Aufgaben handhabbar machen, nicht, wie so oft in der Vergangenheit, Regelungen, die abschrecken sollen. Dies ist absolut begrüßenswert. Aber – und dieses ABER darf nicht vergessen werden – diese neuen Wege stehen nicht allen offen! Menschen mit anderer Staatsangehörigkeit, die in der Ukraine gelebt haben und nun vor dem gleichen Krieg, vor den gleichen Schrecken fliehen, können in den allermeisten Fällen keine Aufenthaltserlaubnis nach §24 AufenthG erhalten. Zwar dürfen sie bis zum 31.08.2022 in Deutschland bleiben, Zugänge zu sozialen und anderen Unterstützungsleistungen sind nicht geklärt und massiv abhängig vom Vorgehen der einzelnen Kommunen. Ebenso wenig gilt diese neue Offenheit für Menschen, die vor

anderen Kriegen fliehen, sei es aus Afghanistan, aus Syrien, aus anderen Konfliktgebieten. Für sie gelten noch immer die Regeln des Asylsystems mitsamt der Verpflichtung über Monate in der Aufnahmeeinrichtung zu leben, die das Verteilsystem ihnen zuweist, mitsamt der Gefahr, in ein anderes EU-Land überstellt zu werden, weil Deutschland für sie „nicht zuständig“ ist, mitsamt der Aussicht, dass das Verfahren lange dauern kann und im Falle einer Ablehnung sogar die Abschiebung ins Herkunftsland droht. Alle Menschen, die vor Krieg fliehen, brauchen Schutz. Die aktuelle Situation zeigt, wie viel rechtlich möglich ist. Diese Möglichkeiten sollten für ALLE Menschen genutzt werden, die vor Krieg fliehen, egal woher sie kommen und welche Nationalität in ihrem Pass steht.

Sabine Kemler
VMDO-Flüchtlingsberatung

Eine Flucht und ihre Hindernisse

Vier palästinensische Studenten fliehen aus der Ukraine



Ein palästinensischer Student flieht mit drei Freunden vor dem Krieg in der Ukraine, seinen Namen möchte er nicht veröffentlicht wissen, nennen wir ihn also einfach Hasib.

Hasib und seine Freunde wollen mit dem Zug von Charkiw im Osten nach Lwiv im Westen um dann über die Grenze nach Polen zu fliehen. Viele Menschen warten dort am Bahnhof in Charkiw, der Zug soll um 12 Uhr kommen, sie warten seit 10 Uhr, aber der Zug kommt erst um 16 Uhr. Es ist kalt, es schneit, Hasib hat nur das Nötigste gepackt, warme Kleidung gehörte nicht dazu. Sie werden nicht in den Zug gelassen, nur Ukrainer dürfen einsteigen. Der nächste Zug kommt um 20 Uhr, sie haben Glück, diesmal dürfen sie einsteigen.

In Lwiv angekommen will Hasib mit seinen Freunden den Zug nach Warschau nehmen, doch auch hier dürfen sie nicht einsteigen. Sie sind jung, sie sind männlich, sie werden beschimpft, Soldaten fordern sie auf zu bleiben und zu kämpfen.

Die vier Studenten versuchen nun mit dem Bus zur polnischen Grenze zu fahren, sie reservieren Plätze bei einer Busgesellschaft, der Bus kommt mit Verspätung, der Busfahrer ruft die Namen der Passagiere auf, sie sind nicht dabei. Der Fahrer sagt ihnen, dass sie nicht mitfahren dürfen. Mittlerweile ist die Ausgangsperre angebrochen, Hasib und die anderen stehen in der Kälte auf der Straße und wissen nicht mehr weiter.

Hasib ruft einen Taxifahrer, der will sie aber erst am nächsten Tag fahren, sie stehen nun die ganze Nacht in der Kälte auf der Straße und warten auf den nächsten Morgen.

Der Taxifahrer kommt im Morgengrauen, es ist wie eine Erlösung. Aber er will sie nur bis 35 Kilometer vor die polnische Grenze fahren, alternativ könne er sie auch bis kurz vor die slowakische Grenze bringen. Er verlangt 250 Euro pro Person, sie haben aber zusammen nur noch knapp 300 Euro. Verzweifelt suchen sie ein anderes Taxi und finden einen Fahrer der sie für 250 Euro alle zusammen zur slowakischen Grenze bringen will. Sie fahren los.

100 Kilometer vor der Grenze werden sie an einem ukrainischen Checkpoint angehalten, ihre Ausweise werden kontrolliert und wieder werden sie beschimpft. "Ihr habt hier studiert und jetzt lasst ihr unser Land im Stich, kommt ja nicht zurück!" Sie dürfen weiterfahren.

Kurz vor der slowakischen Grenze steigen Hasib und seine Freunde aus dem Taxi und laufen bei Uzhhorod über die Grenze, sie haben es geschafft. Aber es ist noch nicht vorbei.

Das rote Kreuz kümmert sich um die Studenten, sie bekommen Essen und Getränke und werden mit Lebensmitteln für die Weiterreise versorgt. Sie werden registriert und ihre Fingerabdrücke werden aufgenommen. Dann fahren Hasib

und seine Freunde mit dem Bus weiter zum Flughafen nach Košice, sein Onkel aus Deutschland hat Flugtickets für sie gebucht.

Am Flughafen angekommen wird ihnen mitgeteilt, dass es ihnen behördlich verboten ist zu fliegen. Nach langer Suche finden sie einen Zug nach Wien, von dort nimmt Hasib einen Zug nach Dortmund, seine Freunde kommen bei einer Schwester in Hannover und bei Schulfreunden in Bayern unter. Die Reise ist zuende, sie dauerte von 7 Uhr am Samstag bis zum späten Mittwochabend.

Hasibs Zukunft ist jedoch prekär. Er hat in der Ukraine Medizin studiert, ihm fehlte nur noch eine letzte Prüfung. Die Universität wurde bombardiert, alle Prüfungsunterlagen sind vernichtet. Zudem hat Hasib große Probleme, denn bei der Registrierung wurde er als Palästinenser als staatenlos eingetragen. Er bekam zuerst wenig Unterstützung, er ist zwar aus der Ukraine geflohen aber er ist kein ukrainischer Staatsbürger. Er würde gern hier sein Studium abschließen, aber Hasib hat in der Ukraine auf Russisch studiert, Englisch kann er kaum. Außerdem ist es sehr problematisch die Anerkennung seiner Studienleistungen zu bekommen. Hasib hat die Hoffnung nicht aufgegeben, wieder zurück in die Ukraine zu gehen, um dort das Studium zu beenden. Eine sehr vage Hoffnung.

Elaine Yousef
Hansgeorg Schmidt

"Der Kolonialismus wirkt bis heute nach"

Der Kolonialismus dauert bis heute an: als Anti-Schwarzer Rassismus. Die Literaturwissenschaftlerin Marie Biloa Onana sprach mit dem Mediendienst Integration darüber, welche Folgen das für Schwarze Menschen in Deutschland hat.

Frau Onana, Sie vertreten die These, dass der Kolonialismus als Anti-Schwarzer Rassismus fortbesteht. Wie meinen Sie das?

Dr. Marie Biloa Onana: Die Denk- und Verhaltensweisen aus der Zeit des Kolonialismus wirken bis heute nach. Sie zeigen sich in rassistischer Diskriminierung Schwarzer Menschen: Ob in der Bildung, im Gesundheitssystem, auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt - in der Weißen Mehrheitsgesellschaft gibt es immer noch die Erwartung, dass sich Schwarze Menschen unterordnen, genau wie zu Kolonialzeiten. Deshalb sprechen wir von Kontinuitäten.

Als Literaturwissenschaftlerin haben Sie sich damit auseinandergesetzt, welche Bilder von Schwarzen und Weißen Menschen die deutsche Literatur hervorgebracht hat. Welche sind das und was davon ist heute noch präsent?

Die deutsche Literatur von damals ist voll von kolonialen Fantasien über Schwarze und Weiße "Menschentypen" und deren angebliche kulturelle und intellektuelle Unterschiede. Und das schon, bevor das Deutsche Kaiserreich überhaupt eigene Kolonien hatte: Selbst progressive Denker wie Kant schlossen in Werken des 18. Jahrhunderts Schwarze Menschen von der Aufklärung aus, sprachen ihnen die Fähigkeit zu selbstbestimmtem Denken ab. Diese Klassiker sind immer noch präsent und prägen unser Denken.

Die Idee, dass Schwarze Menschen intellektuell unterlegen sind, kann man auch an der damaligen Literatur zur Haitianischen Revolution sehen: Der Begriff "Revolution" wird nicht verwendet, stattdessen ist von "Aufständen" die Rede. Dahinter steht die Annahme, Schwarze Menschen seien nicht zu reflektiertem, politischem Handeln fähig. Heute zeigt sich diese Denkweise beispielsweise daran, dass Schwar-



ze Kinder in der Schule nachweislich von Lehrkräften diskriminiert werden, ihnen wird weniger zugehört.

Welche weiteren Beispiele gibt es noch für koloniale Denkmuster?

Es gibt eine Reihe weiterer Eigenschaften, die Schwarzen Menschen damals zugeschrieben wurden und die sich bis heute halten. Wie das Stereotyp, sie seien sinnlicher und musikalischer, aber weniger vernunftgeleitet. Das kann sich zum Beispiel so äußern, dass ein*e Weiße*r regelmäßig auf Konzerte Schwarzer Künstler*innen geht – diese sozusagen in dem Kontext von Musik als kompetent wahrnimmt – aber Schwarze Menschen im Alltag ausgrenzt. Natürlich passiert das selten bewusst. Oft liegt das einfach an der Vorstellung, dass Schwarze und Weiße Menschen unterschiedliche Kompetenzen haben, die sich in unseren Köpfen verankert hat. Solche Denkmuster können aber mit verantwortlich dafür sein, dass Weiße Personen manchmal regelrecht überrascht sind, Schwarze Menschen in Fachberufen zu sehen, beispielsweise als Arzt oder Lehrer.

Gibt es Bereiche, in denen es Verbesserungen gibt?

Die stereotypen Rollenmuster halten sich im Großen und Ganzen

leider hartnäckig. Aber nach jahrzehntelangem Aktivismus gegen Anti-Schwarzen Rassismus gibt es vereinzelt Fortschritte: Initiativen, die sich dafür einsetzen, nach Kolonialherren benannte Straßen und Plätze umzubenennen, haben in einigen Fällen ihre Ziele erreicht – beispielsweise ist das Afrikanische Viertel in Berlin-Wedding inzwischen zu einem Gedenkort geworden. Solche Symbole sind für den gesellschaftlichen Diskurs wichtig. Das haben wir uns hart erkämpft. Dabei ist aber wichtig festzuhalten: Rassismus ist ein strukturelles Problem in unserer Gesellschaft. Es fällt daher schwer, solche Mini-Erfolge wirklich zu feiern.

Was sollte aus Ihrer Sicht Priorität haben bei der Bekämpfung von Anti-Schwarzem Rassismus heute?

Nur durch Strukturen kann man einem strukturellen Problem begegnen. Beispielsweise brauchen wir Beratungsstellen an Schulen: Kinder, die im Schulalltag Rassismus erfahren, leiden oft still. Sie werden dadurch anfälliger für psychische Probleme. Anti-Schwarzer Rassismus sollte ein Bestandteil der Lehrer*innenausbildung werden, denn vielen fehlen sogar die Grundkenntnisse. Insgesamt liegt leider noch viel Arbeit vor uns.

Interview: Martha Otwinowski

Der Paritätische fordert Reform der Wohnsitzregelung

Umfrage zeigt große Probleme der Geflüchteten auf

Vor Inkrafttreten des Integrationsgesetzes im August 2016 unterlagen Geflüchtete mit anerkanntem internationalen Schutzstatus bei der Wohnortwahl keiner aufenthaltsrechtlichen Beschränkung. Mit der Wohnsitzregelung nach § 12a AufenthG wurde eine bundesgesetzliche Verpflichtung eingeführt, die den Wohnort von Geflüchteten auch nach der Anerkennung ihres Asylantrags für bis zu drei weitere Jahre grundsätzlich auf das Bundesland beschränkt, in das die Personen nach der Ankunft zugewiesen wurden. Darüber hinaus können die Länder Gebrauch von regionalen Wohnsitzauflagen auf der Ebene von Kreisen, kreisfreien Städten oder auch Gemeinden machen. Solche kleinräumigeren Beschränkungen wurden bis zum derzeitigen Kenntnisstand in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt vorgenommen.

Die vorliegenden Ergebnisse haben deutlich gemacht, dass sich mit der Wohnsitzregelung nach § 12a AufenthG erhebliche Barrieren und negative Auswirkungen für betroffene Geflüchtete ergeben. Dies ist insbesondere in Bezug auf die Wohnungssuche und Wohnraumversorgung, den Zugang zu Arbeit und Ausbildung, die gegenseitige familiäre Unterstützung und Be-

rücksichtigung spezifischer Bedarfe sowie den Schutz vor Gewalt der Fall. Viele dieser Aspekte spielen eine wesentliche Rolle bei der Integration, werden aber bei der Wohnortzuweisung nicht hinreichend berücksichtigt.

Die Befragung hat deutlich gemacht, dass die in § 12 AufenthG formulierten Regelungen zur Aufhebung von Wohnsitzauflagen (insbesondere Härtefallregelung) in vielen Fällen nicht greifen, ihre Wirksamkeit muss in Frage gestellt werden.

Insbesondere ist hierbei die Situation gewaltbetroffener Personen hervorzuheben. Ihr Schutz wird an aufenthaltsrechtliche Regelungen gekoppelt, dies widerspricht eindeutig der Istanbul-Konvention, nach der jede Frau unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus (Art. 4) und unabhängig von ihrer Ehebestandszeit (Art. 59 Abs. 1) Schutz erhalten muss. Insgesamt hat die Umfrage auch sehr deutlich gemacht, dass die engagierte Arbeit von unabhängigen Beratungsstellen von enormer Relevanz für die Durchsetzung von Rechten Ge-



flüchteter ist.

Der Paritätische hat bereits in früheren Stellungnahmen³⁰ seine grundsätzlichen praktischen wie juristischen Bedenken gegenüber der Wohnsitzregelung formuliert. Die Befragung hat viele dieser Bedenken bestätigt.

Es ist vor diesem Hintergrund zu begründen, dass bis Ende 2022 eine umfassende Evaluation der Wohnsitzregelung durch die Forschungs- und Beratungsgesellschaft empirica AG sowie der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) im Auftrag der Bundesregierung und begleitet durch das Forschungsinstitut des BAMF erfolgen soll. Zu wünschen ist, dass die Ergebnisse dieser Befragung dort einfließen und dass auf der Basis der dann vorliegenden Evaluation eine umfassende Neubewertung der Wohnsitzregelung vorgenommen wird.

Der Paritätische

1. Mai 2022 unter dem Motto „GeMAInsam Zukunft gestalten“



Titelseite der Volksstimme (Frankfurt) vom 1. Mai 1901. Faksimile des Originals

Der erste Mai hat seinen Ursprung im 19. Jahrhundert in den USA und in Europa. Dort ist der 1. Mai als Forderung der 8 Stunden-Woche und besseren Arbeitsbedingungen für Arbeiter*innen entstanden. Es solidarisierten sich auch stetig weitere Länder und forderten bessere Arbeiter*innenrechte, vor allem in den Ländern, in denen es Gewerkschaften gab und gibt.

Nunmehr wird in vielen Ländern weltweit der 1. Mai als Tag der Arbeit, Tag der Arbeiter*innenebewegung, Internationaler Kampftag der Arbeiter*innenklasse oder auch als Maifeiertag bezeichnet und gilt als offizieller Feiertag. Gewerkschaften fordern bessere Arbeitsbedingungen.

Der 1. Mai ist der Tag der Arbeit, der Tag, an dem Beschäftigte ge-

Während in vielen Ländern der Erde die Menschen im Rahmen der Pandemie ihre Arbeitsstellen verloren haben, oder teilweise in Deutschland in Kurzarbeit übergangen oder sich gar umstellten von der Selbstständigkeit zu Arbeitnehmer*innen, gibt es Länder in denen Menschen gänzlich von der Nahrungskette abgeschnitten wurden, aufgrund der Lockdowns nicht mehr arbeiten und somit ihre Existenz und teilweise die ihrer Familien gefährdet war. Einige hatten gar keine Alternativen.

In den USA und in Teilen Europas wurde der 8 Stunden Arbeitstag gefordert und inzwischen konnten viele Arbeitnehmer*innenrechte, Arbeiter*innenschutzrechte bis hin zum Mindestlohn in Deutsch-

land errungen werden, auch wenn, gemessen an den aktuellen Lebenshaltungskosten, der Mindestlohn immer noch sehr gering ist. Diese Errungenschaften wurden nicht zuletzt durch die Forderungen, den betroffenen Menschen und ihren Unterstützer*innen und insbesondere durch den Einsatz von Gewerkschaften erzielt. Auch die sog. „Kinderarbeit“ ist hierzulande verboten und die Rechte der Kinder und Jugendlichen gesichert durch Kinder- und Jugendschutzrechte. Ein MUSS und eine Forderung die weltweit umgesetzt werden sollte. Denn auch im Jahr 2022 gehen Kinder täglich in vielen Ländern dieser Erde arbeiten, teilweise über 10 Stunden, um überleben zu können, statt Bildung zu genießen. Bildung stellt in solchen Ländern ein Privileg dar. Gleichwohl ist das Recht auf Bildung ihr Menschenrecht und auch das Recht auf Nahrung, es bestehen dort unfaire Verhältnisse. Die Länder, auf die die Entstehung des 1. Mai maßgeblich zurückzuführen ist, aufgrund des Einsatzes und der Errungenschaften von Menschen aus diesen Ländern wie die USA und einigen europäischen Ländern für Arbeitnehmer*innenrechte, zählen mit zu den Ländern, die Güter im Alltag einsetzen, die nachweislich aus Ländern stammen, die von Kindern produziert wurden. Wo Arbeitnehmer*innen kaum bis gar nicht zählen und es ums Überleben geht.

Also nehmen wir den 1. Mai zum Anlass und gestalten wir, entsprechend der Forderung von DGB/Verdi, GeMAInsam Zukunft, jedoch im Hier und Jetzt mit Blick auf die Zukunft, im Sinne der Betroffenen.

Vedat Akkaya

Solidarität jetzt

Internationale Studierende aus der Ukraine brauchen Perspektive auf Fortsetzung ihres Studiums in Deutschland

Bundes- und landesweite Studierenden- und Menschenrechtsorganisationen setzen sich dafür ein, dass alle aus der Ukraine geflohenen internationalen Studierenden ihr dort begonnenes Studium in Deutschland oder einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union fortsetzen und beenden können. Bei Bund und Ländern mahnen sie die Herstellung von Aufenthaltssicherheit, die Schaffung von Zugangsmöglichkeiten zu den Hochschulen und weitere unterstützende Maßnahmen für internationale Studierende aus der Ukraine an.

Etwa 60.000 internationale Studierende waren nach UNESCO-Angaben unmittelbar vor Beginn des Krieges an ukrainischen Hochschulen eingeschrieben. Hauptherkunftsländer waren Indien, Marokko, Aserbaidschan, Turkmenistan, Ägypten und Nigeria. Sie haben in der Ukraine studiert, weil ihnen das in ihrem Herkunftsland aufgrund der politischen Situation unmöglich war oder weil die Studiengebühren für sie unbezahlbar waren. Der Krieg Putins gegen die Ukraine hat auch sie erschüttert und ihre Lebensplanung zerstört, schreiben die Organisationen:

Amnesty International Deutschland, Brot für die Welt – Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung (EWDE) e.V., Bundesverband ausländischer Studierender (BAS), Bundesweite Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL, Evangelische Studierendengemeinden der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz, Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, Verband der Evangelischen Studierendengemeinden in Deutschland und World University Service (WUS) – Deutsches Komitee e.V.

Veranstaltungstipps

KEUNING.HAUS

Leopoldstraße 50–58,
44147 Dortmund

DOJamSession //

Open Music, Open Minds
10. + 24. Mai | 14. + 28. Juni 2022
Beginn 18.00 Uhr
Eintritt frei

DEINE ZUKUNFT

Ausbildungsmesse der Nordstadt
Dienstag, 17. Mai 2022
10.00 bis 15.00 Uhr

Tango Argentino live

Orquesta Tangorra & Dj El Porteño
Samstag, 21. Mai 2022
Einlass 19.30 Uhr
Schnupperkurs 20.00 Uhr
Milonga 21.00 Uhr bis 2.00 Uhr
Eintritt 12 € im Vorverkauf
14 € an der Abendkasse

Bastiaan Ragas //

Bas, Bas, wir brauchen Bas!
Samstag, 4. Juni 2022
Einlass 19.00 Uhr, Beginn 20.00 Uhr
Eintritt 35 € im Vorverkauf + VVK-Gebühr | Abendkasse 40 €

AfroRuhr Festival //

Parade der Vielfalt
Freitag, 24. Juni, bis Sonntag, 26. Juni 2022.
Uhrzeit wird noch bekannt gegeben.
Eintritt frei



An die internationalen Studierenden wurde nicht gedacht

Ein Teil dieser internationalen Studierenden wurde zeitnah von den Herkunftsländern aus dem Kriegsgebiet evakuiert, ein Teil muss dort wegen fehlender sicherer Fluchtkorridore weiter ausharren. Andere konnten sich – obwohl vielen die Einreise massiv erschwert wurde – in die Europäische Union retten. Viele von ihnen sind schon oder werden in naher Zukunft aus dem Grenzgebiet in andere Mitgliedstaaten – auch nach Deutschland – weiterreisen, wo sie soziale Anknüpfungspunkte haben oder sich eine Perspektive zur Fortsetzung ihres Studiums erhoffen.

Wir beklagen, dass diese Personengruppe in dem EU-Ratsbeschluss zur vorübergehenden Schutzgewährung von aus der Ukraine vertriebenen Personen in der Europäischen Union nicht mitbedacht wurde. Demgegenüber begrüßen wir, dass der Aufenthalt internationaler Studierender aus der Ukraine – wie der aller aus der Ukraine geflüchteter Personen – aufgrund der Ukraine-Aufenthalts-Übergangs-Verordnung (UkraineAufenthÜV) von Bundesinnenministerin Faeser vom 7. März 2022 unabhängig von der möglichen Zuerkennung des vorübergehenden Schutzes zumindest bis zum 23. Mai 2022 erlaubt ist. Zudem begrüßen wir, dass laut Mitteilung des Bundesinnenmi-

nisteriums vom 14. März 2022 diejenigen internationalen Studierenden aus der Ukraine vorübergehenden Schutz in Deutschland erhalten können, die "nicht sicher und dauerhaft in ihr Herkunftsland oder ihre Herkunftsregion zurückkehren" können.

Aufenthalt bis zum 23. Mai ist zu kurz

Aus humanitären Gründen, aber auch mit Blick auf den bereits zunehmenden Mangel an Fachkräften und unter Berücksichtigung entwicklungspolitischer Erwägungen, muss aber allen aus der Ukraine nach Deutschland geflüchteten internationalen Studierenden jetzt ausreichend Zeit zur Orientierung gegeben und die Gelegenheit eingeräumt werden, sich ohne Ausreisepressur um die Fortsetzung ihres Studiums an einer deutschen oder einer Hochschule in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union zu bemühen.

Ein – wie bisher vorgesehen – lediglich bis zum 23. Mai 2022 erlaubter Aufenthalt ist hierzu nicht ausreichend. Denn die aktuell aufwachsenden universitären Studienangebote und Programme zur Unterstützung von Flüchtlingen aus der Ukraine konzentrieren sich derzeit fast ausschließlich auf Studierende mit ukrainischer Staatsangehörigkeit. Hier besteht dringender Handlungs- und Korrekturbedarf.

Pro Asyl

AUSLANDSGESELLSCHAFT

Steinstraße 48,
44147 Dortmund

Konzert-Matinée mit Ruuskanen

Railio Duo
So 15. Mai 11:00 Uhr.
Eintritt € 8,- / 6,-

Napoli – zwischen Feuer und Wasser

Eine literarisch-musikalische Lesung und Dia-Multivisions-Schau

Di 17. Mai 19:00 Uhr
Eintritt € 8,- / 6,-

Esch-Sur-Alzette – Europäische Kulturhauptstadt 2022

Vortrag mit Diskussion: Beate Kispal. Eintritt frei

31. Bürgerforum Nord trifft Süd

Im Rahmen der Internationalen Wochen der Stadt Dortmund
Moderation: Kay Bandermann
Mi 22. Juni 18:30 Uhr
Eintritt frei

EINLADUNG

„Kultursensible psychiatrische Behandlung von Migrant*innen - Schwerpunkt: Alterserkrankungen“

Dr. med. Murat Ozankan
Fachpsychiater und Psychotherapeut

11. Mai 2022
15:30 Uhr

Newroz im Haus der Vielfalt

Am 25. März 2022 wurde das Newroz-Fest mit großer Beteiligung im Haus der Vielfalt gefeiert. In diesem Jahr wurde Newroz unter Beteiligung vieler Vereine organisiert. Viele Menschen aus verschiedenen Nationalitäten nahmen teil. Newroz wurde durch den Aktionsplan

der Stadt Dortmund und der Fachberatung Migration finanziell gefördert und unterstützt. Die Kurd*innen feierten gemeinsam mit ihren Freund*innen den Beginn des neuen Tages, indem sie das Feuer anzündeten. Alle zusammen haben Hand in Hand Halay getanzt. An diesem Abend

der kurdische Künstler Azad Bedran, die griechische Musikgruppe MCNS, die tamilische Tanzgruppe Nangal und die kurdische Folkloregruppe Hewi aufgetreten. Mit Begeisterung wurde ein neuer Tag wurde mit Tanz und Musik begonnen.

Newroz bayramı çok büyük bir katılımı kutlandı

25 Mart 2022 de Haus der Vielfalt te Newroz bayramı çok büyük bir katılımı kutlandı. Bu yıl Newroz bir çok derneklerin katılımıyla organize edildi. Bir çok değişik uluslardan katılım oldu. Newroz Aktionsplan Stadt Dortmund ve Fach Beratung Migration tarafından finanse edildi ve desteklendi. Kürtler yeni bir güne başlamanın anlamı haline gelen ateşi yakarak kutladılar. Hep birlikte halaylar çekildi. Kürt sanatçı Azad Bedran, Yunanlı Müzik Grubu MCNS, Tamil Dansgrubu Nangal ve Kürt Dans Grubu Hewi sahne aldılar. Coşkulu bir şekilde dans ve müzikle yeni bir güne girildi.



Tanzgruppe im Hof am Haus der Vielfalt

Foto: J.Abolnikov

"Newroz wird mittlerweile auf der ganzen Welt gefeiert".

Interview mit dem kurdischen Musiker Azad Bedran

Newroz neyi ifade ediyor? Was bedeutet für dich Newroz?

Azad: Newroz benim için bir direniş bayramıdır. Direnişin zafere ulaşma bayramıdır. Tabii ki Ortadağı halklarının kutladığı baharın gelişi, kıştan bahara renge renk bir doğaya merhaba deyişi, Kürtler için bir mücadelenin bir direnişin bayramıdır. Benim için de böyledir. Benim için büyük bir anlam ifade ediyor. Yıllardır Kürtler bir varlık ve yokluk mücadelesi içinde oldukları için içinde bir direniş bayramıdır. Benim içinde öyle.

Azad: Für mich ist Newroz ein Fest des Widerstands. Dieses Fest zeigt, wie der Widerstand zum Sieg führt. Natürlich ist es auch ein Fest der Völker des Nahen Ostens, um den Einzug des Frühlings zu feiern, die Natur zu begrüßen, die aus dem Winter kommend nun farbenfroh sich zeigt. Für die Kurd*innen ist es ein Fest des Kampfes und des Widerstands. Und für mich ist es auch so. Für mich hat es eine sehr große Bedeutung. Und da die Kurd*innen seit Jahren sich in einem Kampf ums Überleben befinden, ist es ein Fest des Widerstands. Für mich ist es auch so.

Newroz Iran, Afgan ve İran gibi bir çok halk kutluyor. Herkes kendine ait olduğunu söylüyor.

Newroz wird von vielen Völkern wie im Iran, Afghanistan gefeiert. Alle behaupten, es wäre ihr Fest.

Azad: Hiç bir halk bu bayramın kendine ait olduğunu söylemiyor. Kürtler hiç bir zaman bize aittir dememiştir. Newroz artık bütün dünya da kutlanan bir bayramdır. Bir yılbaşı gibi. Newroz yeni bir günün başlangıcı da olarak anlayabiliriz. Bu ifade herkese göre görecelidir. Kimisi için baharın gelişi,



Azad Bedran (links) auf der Bühne

Foto: J.Abolnikov

kimisi için yni bir yıla giriş, benim için bir diriliştir. Dehaktan başlayıp günümüze gelen demirci Kawa mitolojisinde bildiğimiz gibi bir dirilişin sonucudur. Yüzyıllar geçmesine rağmen hala günümüzde Dehaklar ve Kawaların olduğu bir yaşamın içindeyiz.

Azad: Keiner der Völker sagt, dass es ihr alleiniges Fest ist. Die Kurd*innen haben nie gesagt, uns gehört das Fest. Newroz wird mittlerweile auf der ganzen Welt gefeiert. So wie Silvester. Wir können Newroz auch als den Beginn eines neuen Tages verstehen. Die Bedeutung ist für jeden relativ. Für die einen ist es der Einzug des Frühlings, für die anderen der Beginn eines Jahres, für mich ist es die Auferstehung. Mit Dehak beginnend bis in unsere Gegenwart ist es, wie es in der Mythologie des Schmiedes Kawa ist, ein Ergebnis der "Auferstehung". Obwohl viele Jahrhunderte vergangen sind, sind wir mitten in einem Leben von Dehaks und Kawas.

Dortmun'da yapılan Newroz Ortadoğuda ve Kürtlerde ki Newrozla aynı havayı verir mi?

Was meinst du, kann das Newroz-Fest in Dortmund unter der gleichen Atmosphäre wie im Nahen Osten und bei den Kurd*innen stattfinden?

Azad: Tabii ki aynı havayı verecek. Geçen günlerde sosyal Medyada verilen, bir annenin tek başına yaktığı ateş videosu vardı. O video gösterdi ki bir insan tek başına veya Amed Newroyun da milyonların ateşi yakarak kutlaması aynı duyguyu ifade ediyor. Bugün burada da bir çok Kürt genci ve hatta yabancı konuklarımızda bu coşkuyla Newroz kutlayacak.

Azad: Natürlich wird es die gleiche Stimmung geben. Letztens gab es in den sozialen Medien ein Video von einer Mutter, die ganz alleine ein Feuer zu Newroz angezündet hat. Dieses Video hat gezeigt, dass ein einziger Mensch das gleiche Gefühl auslösen kann wie Millionen von Menschen in Amed, die ihr Feuer zu Newroz anzünden. Heute werden viele junge Kurd*innen und sogar auch unsere ausländischen Gäste mit dieser Begeisterung Newroz hier feiern.

Vedat Akkaya

Ladies' Night – Die Nacht der Komponistinnen

Zeit unseres Lebens erleben und hören wir klassische Musik in Konzerten, auf der Bühne oder in Musiksendungen, deren Programme wie selbstverständlich ausschließlich mit einer Abfolge der Werke männlicher Komponisten gestaltet sind.

Aber, welch Überraschung: Es gibt nicht nur Komponisten. Es gibt auch Komponistinnen! Komponistinnen haben im 19. Jh. - versteckt hinter Brahms, Schumann, Chopin, Wagner, Berlioz etc. - wunderbare Werke geschaffen, gegen alle Widerstände von Vätern, Ehemännern, Lehrern, Institutionen und Konkurrenten. Im 20. Jahrhundert hat sich erst recht ein außerordentlich vielfältiges Schaffen von Komponistinnen entwickelt, von Osteuropa bis nach Amerika, und damit wertvolle und wichtige Beiträge zur Entwicklung der Musik im 20. Jh. geleistet. Leider ist von all dem im Musikbetrieb kaum, wenn nicht sogar



überhaupt nichts, zu hören.

Am 1. Mai 2022 um 19 Uhr bietet euch der Instrumentalverein Dortmund die bisher einmalige Gelegenheit, einen ganzen Konzertabend mit Werken von Frauen zu erleben. Tickets 15 € / 8 € ermäßigt an der Abendkasse oder bei

info@instrumentalverein-dortmund.de

Kostenlos für Geflüchtete.

Das Konzert wird gefördert von: Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW, Landesmusikrat NRW, Kulturbüro Dortmund.

Wir empfehlen dringend das Tragen eines Mund-Nasenschutzes.

Frauentag im Haus der Vielfalt

Am 8. März haben wir mit nahezu 100 Frauen und Kindern den internationalen Frauentag im Haus der Vielfalt gefeiert. Frauen aus verschiedenen Nationen haben gezeigt, dass eine Gesellschaft nur mit der Achtung der Frauenrechte eine friedliche und demokratische Gesellschaft sein kann. Eingeladen waren für die Podiumsdiskussion Prof. Dr. El-Kecheh und Frau Hakima Tarchouni-Koster. Frau Leyla Boran, VMDO e.V. hat die Podiumsdiskussion moderiert.

Die diskutierten Themen:

- Teilhabe als Frau am gesellschaftlichen Leben in Deutschland und lokal
- Diskriminierung als Frau bei der Erlangung der beruflichen Ziele
- Zu überwindende Hürden



und Schwierigkeiten auf dem beruflichen Weg
• Zusätzliche Benachteiligung von Migrantinnen
Der Internationale Frauentag

wurde organisiert durch: Infrado e.V., VMDO e.V., samo.fa, Forum Dialog e.V., Palästinentische Gemeinde zu Dortmund e.V.

ECHO

Streik – Ein Film über den größten Frauen-Streik im osmanischen Reich



Im Jahr 1910 wehren sich die Seidenarbeiterinnen in Bursa. Aufgrund der menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und zahlreichen Tode durch Infektionskrankheiten beschließen die Arbeiterinnen die Arbeit niederzulegen. Es kommt zum größten Generalstreik im osmanischen Reich.

Durch den gemeinsamen Kampf werden muslimische und nicht-muslimische, griechische, armenische, türkische und kurdische Frauen vereint.

Im Rahmen des internationalen Frauentags bot „Grev“ (türkisch für Streik) einen tiefen Einblick in die Geschichte der Arbeiterinnenbewegung und die essentielle Rolle der Frau im Kapitalismus. Ein Highlight des Films stellt der Auftritt von Itziar Ituño dar, wel-

che sich als „Lissabon“ in der weltbekannten Serie „Haus des Geldes“ einen Namen machte. Der Verein Karanfil Dortmund e.V. hat den Film mit Unterstützung

des VMDO im Haus der Vielfalt vorgeführt. Die Zuschauerinnen waren sehr interessiert und begeistert.

Karanfil e.V.



Film-Vorführung im Haus der Vielfalt

Foto: Karanfil e.V.

Fastenbrechen mit der Nachbarschaft am Borsigplatz



Im Rahmen des Projektes "Nachbarschaftliches Zusammenleben", veranstalteten SparBau Stiftung und Planerladen gGmbH, am 14. April 2022, in der Dortmunder Nordstadt in den Räumlichkeiten des Quartiertreffs Concordia im Zentrum des Borsigplatzes, ein Fastenbrechen-Essen mit den Bewohnern des Viertels.

Anlässlich dieser Veranstaltung im Ramadan, hatten die Bewohner der Nachbarschaft die Gelegenheit sich bei köstlichen hausgemachten Leckereien und Getränken zu treffen und ins Gespräch zu kommen. Es fand ein netter Fastenbrechen-Abend mit etwa 25 Teilnehmern statt. Mit der gemeinsamen Fastenbrechen-Essen wurden die sozialen Solidaritätsaspekte der Bewohner stärker gefördert und so zur Entwicklung des Gemeinschaftsgeists und des Miteinanders beigetragen.

Seit mittlerweile zwölf Jahren engagieren sich SparBau Stiftung und Planerladen gGmbH gemeinsam für das nachbarschaftliche Zusammenleben in der Dortmunder Nordstadt.

Zuerst von 2009 bis 2018 als Nach-

barschaftstreff Im Spähenfelde in zwei kleinen Erdgeschosswohnungen in einer Siedlung der Genossenschaft im Quartier, nun seit 2019 als Quartierstreff Concordia direkt am Borsigplatz. Auf einer Fläche von 280 Quadratmetern mit einem schönen Innenhof bieten sich weitaus mehr Möglichkeiten, um einer Bandbreite von sozialen, kulturellen, sportlichen, künstlerischen Angeboten für alle Altersgruppen Raum zu geben und nachbarschaftliche Aktivitäten für ein gutes Zusammenleben und ein soziales Miteinander zu fördern. Die Arbeit im Quartierstreff Concordia zielt auf einen direkten Kontakt zu Bewohner*innen ab, deren Beteiligung und aktive Mitwirkung stehen dabei im Mittelpunkt. Die Angebote werden stets den Bedarfen angepasst.

Der Quartierstreff Concordia ist als zentraler Anlaufpunkt im Viertel etabliert. Wir sind täglich zwischen 9:00 und 18:00 Uhr als Ansprechpartnerinnen vor Ort. Neben Sprachkursen, Hausaufgabenbetreuung für Kinder und Gesprächskreisen wird das Quartier mit Angeboten und Projekten wie Ausflügen ins Superfly, Backworkshops, Kultur-Veranstaltungen, Musik- und Tanzworkshops für Frauen und Kinder bereichert. Der Quartierstreff Concordia ist ein Ort der Begegnung für Jung und Alt aus dem ganzen Quartier.

Quartierstreff Concordia

Die Dortmunder Mitternachtsmission – Gespräch mit Andrea Hitzke



Andrea Hitzke

Foto: Jürgen Wassmuth

Die Dortmunder Mitternachtsmission setzt sich seit vielen Jahren für Sexarbeiterinnen ein und hilft Menschen mit vielfältigen Förderprogrammen. Wir haben mit Andrea Hitzke, Leiterin der Dortmunder Mitternachtsmission über ihre Arbeit gesprochen.

Hallo Frau Hitzke, können Sie sich erstmal kurz vorstellen?

Ich arbeite seit 1988 in der Geschäftsstelle der Dortmunder Mitternachtsmission. 1989 arbeitete ich in der Streetworker- und HIV/AIDS-Beratung. 1997 wurde ich stellvertretende Geschäftsführerin unseres Vereins und mein Arbeitsgebiet ist die Opfer des Menschenhandels. Seit 2012 bin ich Präsidentin des Vereins.

Gleichzeitig bin ich im Vorstand des Vereins KOK, der gegen Menschenhandel kämpft, und ich arbeite als Fachtrainerin beim Verein ECPAT, der gegen sexuellen Missbrauch und Versklavung von Kindern kämpft. Ich arbeite parallel mit vielen Organisationen, weil ich denke, dass der Weg zum Erfolg ein gemeinsames Netzwerk und eine Arbeitsgrundlage ist, die mit anderen Organisationen, die in diesem Bereich arbeiten, geschaffen werden muss.

Können Sie über Ihre Arbeitsbereiche etwas mehr erzählen?

Grundsätzlich haben wir zwei Hauptarbeitszweige und deren Unterzweige. A- Umfassende Beratung im Bereich Prostitution 1. Kinder und Jugendliche, die sich der Prostitution begeben: Obwohl es Kindern und Jugendlichen verboten ist, auf der Strich zu gehen, arbeiteten 2020 77 von uns identifizierte Kinder und Jugendliche in diesem Bereich. 2. Bordellstraße: In der Linienstraße ist Prostitution legal. Straßenaktionen werden durchgeführt, um insgesamt 300 Frauen, die in 16 Heimen arbeiten, über ihre gesetzlichen und sozialen Rechte zu informieren. 3. Prostitution zur Beschaffung von Drogen: Drogenabhängige Männer und Frauen betreiben Prostitution, um Zugang zu diesen Substanzen zu erhalten. 4. Straßenstrich: Der Straßenstrich ist in Dortmund verboten. Der Vorteil des Verbotes bestand darin, durch das Verbot wurde die Prostitution teilweise reduziert, aber insbe-

sondere Frauen bulgarischer und rumänischer Herkunft tun dies weiterhin. Dies führt langfristig zu einer ungesunden Gesellschaft in der Region. 5. Bordell-ähnliche Betriebe: Sauna, Nacktclub, Begleitservice, Bars, Diskotheken und privat vermietete Wohnungen können gezählt werden. 6. HIV/AIDS- und STI-Beratung: Obwohl die Mitternachtsmission für jeden Bereich spezifische und strategische Formulare

hat, stellt sie in der Regel Lebensmittel, Kleidung, Hygieneartikel, Kondome, Dusch- und Waschmöglichkeiten zur Verfügung. Es gibt Schulungen zu sexuell übertragbaren Krankheiten, Beratung zu HIV/AIDS-Infektionen. B-Hilfe für Opfer von Menschenhandel. Unter verschiedenen Versprechungen werden Frauen und Kinder aus Afrika, Osteuropa, Asien und Südamerika nach Deutschland geschmuggelt. Es gibt auch einige deutsche Frauen, die an Einwanderern hängen, die dieser Verfolgung ausgesetzt waren. Diese Menschen, die anstelle der versprochenen Jobs zu Prostitution, Betteln, Betrug, Diebstahl und Drogenhandel gezwungen werden, können sowohl Opfer großer Organisationen als auch Opfer eines Familienmitglieds sein. Eine in letzter Zeit gängige Methode ist die „Loverboy-Methode“; Das heißt, Männer verlieben sich in unruhige und bedürftige junge Frauen, indem sie Geschenke, Aufmerksamkeit und Liebe anbieten und sie dann zur Prostitution zwingen. Wir haben 45 nicht drogenunabhängige und 104 drogenabhängige identifiziert, die im Jahr 2020 nach Dortmund gebracht wurden. Wir identifizierten auch 77 minderjährige Kinder. Wir helfen diesen Menschen bei Formalitäten und Organisation, wir helfen ihnen sowohl bei der Integration in Deutschland als auch bei der Rückkehr in die Heimat. Es ist eine große Chance, eine Einrichtung zu haben, bei der sich Menschen in der vielleicht schwierigsten Zeit ihres Lebens bewerben können. Aber ich glaube, es gibt viele Leu-

te in Dortmund, die nicht wissen, dass es einen solchen Verein gibt.

Glauben Sie, dass Sie Menschen in dieser Situation ausreichend erreichen können?

Obwohl uns die Anzahl der Menschen, die wir jedes Jahr erreichen, glücklich macht, denke ich, dass wir mit Hilfe verschiedener Verbände und Organisationen mehr Menschen erreichen können. Über die Menschen, die wir erreichen konnten, kann ich aus meinen Berichten aus dem letzten Jahr folgende Informationen geben: Wir haben 2020 1115 Menschen beraten, davon sind 756 Menschen mit Migrationshintergrund und 433 Opfer von Menschenhandel. Die Zahl der Menschen, die in diesem Bereich aufhören zu arbeiten, beträgt 81. Übrigens sollte ich erwähnen, dass wir eine spezielle Abteilung für diejenigen haben, die versuchen, aus der Prostitution auszuweichen, die aus unseren geschuldeten Mitarbeitern besteht.

Können Sie uns sagen, warum Sie seit 24 Jahren so konsequent in diesem Bereich arbeiten, was ist Ihre Motivation?

In meinem Berufsleben bin ich so vielen Frauen und Kindern begegnet, die hilflos sind, nicht weiter wissen und sogar nicht leben wollen. Es war schon immer meine größte Motivation, ihnen zu helfen und ihnen eine neue Lebensperspektive zu geben. Bei manchen Zufallsbegegnungen bin ich so glücklich, wenn ich Menschen sehe, die aus diesem Sumpf herauskommen, zur Schule gehen, einen neuen Job bekommen, ein Haus gründen und ein neues Leben beginnen. Das Hinzufügen einer weiteren Person zur Gesellschaft lässt mich all die Schwierigkeiten vergessen, die ich durchgemacht habe.



Eylem Kubanik

UBV-DORTMUND WORKSHOPS

BIST DU BEREIT?

Du hast bald ein Vorstellungsgespräch oder musst zum Assessment-Center und brauchst noch ein Coaching? Dann bist Du bei uns richtig! Bei unseren kostenlosen Workshops lernst Du alle Basics!

Unsere Workshops (Vorstellungsgespräch und Assessmentcenter) finden wieder im DIETRICH-KEUNING-HAUS statt.

WORKSHOP-TERMINE IM MAI 2022

Vorstellungsgespräch	Assessment-Center	Digitaler Bewerbungsprozess
02.05 16:00 -17:30	05.05 16:00 -17:30	11.05 16:00 - 17:30
16.05 16:00 -17:30	19.05 16:00 -17:30	18.05 16:00 - 17:30
30.05 16:00 -17:30	31.05 16:00 -17:30	

Interesse geweckt?

Dann melde Dich an unter:

Tel: 0231 330 16 002 oder E-Mail: info@ubv-dortmund.de

Anschrift: Dietrich-Keuning-Haus

Leopoldstraße 50-58

44147 Dortmund

Im DKH gilt 3G (geimpft, getestet, genesen) sowie die Maskenpflicht.

Zum Online-Workshop: Bitte sei 5 - 10 Minuten vor dem Kurs online.

Zugangsdaten werden an Deine E-Mail-Adresse zugeschickt.

Unternehmen.Bilden.Vielfalt (UBV) e.V. | KAUSA Servicestelle Dortmund | Münsterstr. 30 - 34 | 44145 Dortmund | Tel.: 0231 - 330 16 002 | https://ubvdortmund.de/



KONSER

MUHABBET KOROSU

Dortmund Türk Sanat Müziği Derneği

14 Mayıs 2022

Saat:18:00

Yer: Haus der Vielfalt

Konser; bakıma ihtiyaç duyan yaşlılarımızı, demanslı kişilere ve ailelerine yönelik, morallerini desteklemek ve müzikle güzel bir gün geçirmelerini sağlamak için verilecektir. İlgili duyan herkes davetlidir.

Konser ücretsizdir



Servicestelle für Migrant*innen im Alter

Ein Konzert für die Familien von pflegebedürftigen, älteren Menschen und Demenzkranken um ihnen etwas Entspannung zu bieten und ihre Moral zu stärken. Alle Interessierten sind eingeladen, das Konzert ist kostenlos.